

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Tona nám. 32. Telefon 6735, 6736, 6737. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat, Prag II., Tona nám. 32. Redaktion 57544.

Inserate werden laut Tarif billig berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . . Kz 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzjährig . . . 192.—

Kündigung von Manuskripten erfolgt nur bei Einbindung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

3. Jahrgang.

Dienstag, 10. April 1923.

Nr. 82.

Von der Auslandspropaganda.

Präsident Masaryk hat jüngst dem Herrn Dr. Hannes Stöck, Dozent der Slavistik an der Universität Lund in Schweden, eine Unterredung gewährt, bei welcher sich der Präsident über die Frage des Zusammenschlusses der kleinen Staaten, über den Achtstundentag und über das Verhalten der Deutschen in der Tschechoslowakischen Republik äußerte. Das Ergebnis der Unterredung veröffentlichte Herr Dr. Stöck am 3. d. M. in unserem schwedischen Parteiblatt, dem Stockholmmer „Social-Demokraten“ und er hat sich bereit, es am gleichen Tage noch der „Prager Presse“ zuzusenden, die es in lebhafter Aufmachung unter dem Titel „Präsident Masaryk über die Deutschen“ wiedergibt. Wir wissen natürlich nicht, ob Präsident Masaryk sich wirklich wörtlich so geäußert hat, wie Dr. Stöck behauptet, und müssen es, solange kein Dementi erfolgt, für wahr halten, aber wir finden in den Äußerungen Masaryks, wie sie von Stöck wiedergegeben werden, mit den privaten Anschauungen des Dr. Stöck, die er im Dezember gleichfalls in dem Stockholmmer Blatte veröffentlichte und die auch damals die „Prager Presse“ nachdruckte, eine geradezu verblüffende Ähnlichkeit. Dies und der Umstand, daß das Hauptorgan der schwedischen Sozialdemokratie, zweifellos in Unkenntnis der wahren Zustände, nun schon zum zweitenmale zur Verbreitung gewisser in der Auslandspropaganda gang und gäbe Darstellungen über die Verhältnisse im tschechoslowakischen Staate benützt wird, die den Tatsachen nicht entsprechen, zwingen uns, auf das Interview und seine Vorgeschichte näher einzugehen.

Im Herbst des Vorjahres waren in zwei bürgerlichen Zeitungen Schwedens von einem Herrn Obersten af Peterfen zwei Artikel: „Die Verhältnisse in der Tschechoslowakei“ und „Die Konfiskationen in der Tschechoslowakei“ erschienen, auf welche Herr Dr. Hannes Stöck im „Social-Demokraten“ im Dezember in einem polemischen Artikel antwortete. Die Artikel des Obersten af Peterfen mögen von deutschbürgerlicher Seite inspiriert gewesen sein oder nicht, Wahres oder Falsches enthalten haben, wir wissen es nicht, da uns die Artikel nicht zugänglich waren. Jedemfalls stimmt das, was Dr. Stöck den Darstellungen Peterfens als angeblich autoritäre Wahrheit entgegensetzte, in keiner Weise mit der Wirklichkeit im tschechoslowakischen Staate überein. Wie wohl Dr. Stöck weidlich mit der „vollständigen Unkenntnis“ Peterfens abrechnet und ihm indirekt sogar das Recht abspricht, sich zu den „gebildeten Ständen“ zu zählen, alles, weil dieser die Verhältnisse in der Tschechoslowakei kritisiert hatte, dichtet er selber über diese Verhältnisse wahre Märchen. Die Deutschen in der Tschechoslowakei hätten, so behauptet er, „gewiß keine Ursache zur Klage“, denn man brauche sich nur zu vergegenwärtigen, daß es hier eine „große und einflußreiche bürgerlich politische Gruppe mit dem Präsidenten Masaryk an der Spitze gibt, die um den Frieden und die friedliebende Zusammenarbeit beider Nationen bemüht ist“. Aber freilich sei es nicht leicht, mit den Deutschen eine gemeinsame Plattform zu finden, denn — und nun beginnt die Geschichte von den „deutschen Hochverrätern“, deren Freiheit aber durchaus „nicht eng beschnitten“ sei. Auf den ersten Blick erscheint es wohl jedem klar, daß Dr. Stöck von den tatsächlichen Verhältnissen hier keine blasse Ahnung hat, oder, daß er sich wider besseres Wissen in den Gedanken- gängen der berühmten tschechoslowakischen Auslandspropaganda verfangen hat, von der er sich rosenrote Brillen aufsetzen ließ. Wenn er der Meinung ist, daß „kein Grund zur Klage“ besteht, so mag das eine subjektive Auffassung Dr. Stöcks sein, obwohl er sie nicht anders zu belegen vermag, als durch den Hinweis, daß

Internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien.

Am 7. April trat in Bregenz die Exekutive der I. A. S. P. zu einer Sitzung zusammen. An der Sitzung waren folgende Parteien vertreten: Deutschland durch Crispin, F. L. P. Englands durch Ayles und Wallhead, Sozialistische Partei Frankreichs durch Bracke, Sozialdemokratische Arbeiterpartei Lettlands durch Wilzin, Sozialdemokratische Arbeiterpartei Oesterreichs durch Adler, Poale Zion durch Loker, Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands durch Abramowitsch, Linke Sozialistenrevolutionäre durch Schreider und Steinberg, Sozialdemokratische Partei der Schweiz durch Graber und Vogel, Deutsche Sozialdemokratie der Tschechoslowakei durch Cermak. (Entschuldigt war Ledebour Deutschland.) Zu Beginn der Sitzung hielt der Vorsitzende Adler dem verstorbenen Exekutivmitglied Martow einen Nachruf und die Exekutive beschloß, sich beim Begräbnis Martows durch den Genossen Crispin vertreten zu lassen und am Sarge einen Kranz niederzulegen. Sodann ging die Exekutive in die Hauptberatung: „Stellungnahme zum internationalen sozialistischen Kongress in Hamburg“ ein und faßte folgenden Beschluß:

Eine Internationale sozialistische Konferenz

wird für den 20. Mai 1923, 9 Uhr vormittag, im Gewerkschaftshaus in Hamburg einberufen und als Tagesordnung vorgeschlagen:

Stellungnahme zum internationalen sozialistischen Arbeiterkongress in Hamburg.

Die Exekutive beschließt der Internationalen

auch in anderen Staaten die Minoritäten unterdrückt werden, aber woher hat Dr. Stöck die Wissenschaft, daß Präsident Masaryk an der Spitze einer „großen und einflußreichen bürgerlich politischen Gruppe“ steht? Welche Partei hat Herr Stöck denn im Auge? Wenn er die geringste Kenntnis der tschechoslowakischen politischen Dinge hätte, er müßte wissen, daß sich Präsident Masaryk mit seinen politischen Anschauungen, soweit sie die Herbeiführung des nationalen Friedens betreffen, in grandioser Vereinnamung befindet, daß sich bis nun keine der tschechischen bürgerlichen Parteien zu seinen Anschauungen bekannt hat und daß seine eigene Partei, die Partei der Realisten, sich längst in Atome aufgelöst hat. Den gleichen Anspruch auf Wahrhaftigkeit machen Dr. Stöcks Behauptungen über die tschechoslowakische Schulpolitik, die er im höchsten Grade gerechtfertigt, wie auch seine Behauptung, das Deutsche sei hier, im Gegensatz zu den Zeiten Oesterreichs, dem tschechischen völlig gleichgestellt. Dr. Stöck, der sich von der berühmten tschechoslowakischen Schulstatistik kritisch imponieren läßt und mit ihr operiert, weiß gar nicht, wie bedenklich sein Vergleich der nationalen Rechte der Deutschen in der Tschechoslowakei mit jenen der Tschechen in Oesterreich ist, denn dort gab es eine Staatssprache überhaupt nicht.

Soviel über den Artikel Dr. Stöcks, der seine Verantwortung dadurch fand, daß von Seite unserer Partei an das Stockholmmer Parteiblatt, das so einseitig und falsch unterrichtet worden war, eine Gegenberichterstattung überandt wurde. Diese Gegenberichterstattung scheint es dem schwedischen Dozenten für Slavistik angefallen zu haben, er suchte nach einem Zeugen dafür, daß seine Darstellung die richtige ist und dies war wohl der Grund seines Interviews bei dem Präsidenten Masaryk.

Schon die Art seiner Fragestellung spricht dafür: „Ich weiß, daß auf tschechischer Seite der Wunsch besteht, eine Verständigung

mit den Sozialistischen Konferenzen folgende Anträge zu unterbreiten:

1. Die Konferenz empfiehlt, den der I. A. S. P. angeschlossenen Parteien die Teilnahme an dem internationalen Arbeiterkongress in Hamburg.

2. Die Konferenz nimmt von dem im Dezember 1922 eingesetzten Referatkomitee angearbeiteten Entwurf der Geschäftsordnung für den Hamburger Kongress sowie von dem Entwurf der Statuten der zu gründenden internationalen Arbeiterinternationale Kenntnis und stimmt den in letzteren niedergelegten Grundsätzen und organisatorischen Bestimmungen im Prinzip zu.

3. Die Konferenz beschließt, daß, falls auf der Grundlage des genannten Statutenentwurfes die Gründung der internationalen Arbeiterinternationale zustandekommt, und die Zweite Internationale auch ihre Auflösung ausspricht, die Funktion der I. A. S. P. beendet und ihre Organisation aufgelöst ist. Sie empfiehlt dem der I. A. S. P. angeschlossenen Parteien den sofortigen Beitritt zu der Sozialistischen Arbeiterinternationale und erwartet von ihnen, daß sie alle Kraft einsetzen werden, um in der künftigen Arbeit der neuen internationalen sozialistischen Organisation den Prinzipien, die die I. A. S. P. in den Verträgen der internationalen sozialistischen Konferenz in Wien im Februar 1921 niedergelegt hat, in immer größerem Umfange Geltung zu verschaffen.

Die Einberufung der internationalen sozialistischen Konferenz wurde einstimmig genehmigt. Bezüglich der dieser Konferenz vorzulegenden Anträge wurde der erste mit allen gegen die Stimmen der Linken Sozialistenrevolutionäre Russlands, die Anträge zwei und drei einstimmig angenommen, wobei die Partei der Linken Sozialistenrevolutionäre Russlands an der Abstimmung nicht teilnahm. Die Exekutive wird in Hamburg am 19. Mai 1923, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus zu einer Sitzung zusammengetreten.

zwischen den Tschechen und den deutschen Staatsbürgern herbeizuführen. Wie nehmen die deutschen Staatsbürger diese Annäherungsversuche auf? Herr Dr. Stöck „weiß“ von einem „Wunsch“ und er „weiß“ sogar von „Annäherungsversuchen“. Nur schade, daß außer ihm sonst niemand etwas davon weiß. Was Masaryk darauf geantwortet haben soll, das entspricht, wie schon gesagt, in überraschender Weise dem Inhalt des obzitierten Artikels des Interviewers. Es sei „absolut ausgeschlossen“, daß die Regierung die Deutschen „irgendwie zu unterdrücken wünsche“. Sie wünscht es nicht, sie tut es nur! Bezüglich des Unterrichtswezens sind „eigentlich die Deutschen besser gestellt als wir“. Wenn dennoch in deutschen Kreisen das Gefühl einer ungerechten Behandlung besteht, so liegt das vor allem an — „psychologischen Gründen“, der Zusammenbruch ihrer Herrschaft habe „naturngemäß eine gewisse Empfindbarkeit und Gereiztheit“ bei ihnen hervorgerufen. Man hat es darnach bei den vier Millionen Deutschen der Tschechoslowakei mit einer psychischen Massenerkrankung zu tun, die aus einem irregulierten Gefühl, aus Empfindbarkeit und Gereiztheit, beileibe aber nicht aus wirklicher Zurücksetzung und Unterdrückung heraus ihre Klagen erheben. Im übrigen würden die Deutschen, sobald sie „den Staat voll anerkennen“, sich der Administration widmen können. Worin die volle Anerkennung des Staates eigentlich bestehen soll, wird nicht gesagt.

Das Interview soll wohl der große „Schlager“ des Herrn Dr. Stöck sein, der nicht locker lassen will, nachdem ihm sein erster Versuch, nach den Methoden der Auslandspropaganda falsche Vorstellungen im Auslande über die Verhältnisse hierzulande zu erwecken, durchkreuzt wurde. Er wird auch damit kein Glück haben. Die Wahrheit wird auch er auf die Dauer nicht aufzuhalten vermögen.

Die Gemeindevahlen.

Von Leopold Bögl (Auffig).

In einigen Gemeinden der Tschechoslowakei haben in den letzten Wochen Neuwahlen der Gemeindevereinigungen stattgefunden, deren Ergebnisse die bürgerlichen Parteien in eine Siegesstimmung versetzten. Besonders die Deutschbürgerlichen — bei den Tschechen sind die Verhältnisse infolge der Koalitionspolitik der tschechischen Sozialdemokraten sowohl in Ursache wie in ihrer Auswirkung anders — freiloden in ihrer gesamten Presse über die Niederlagen der deutschen Sozialdemokraten und erhoffen bei den kommenden Neuwahlen, welche voraussichtlich im Herbst dieses Jahres stattfinden werden, die im Jahre 1919 an die Arbeiterpartei verlorenen Positionen in den Gemeinden wieder zurückzugewinnen. Wenn diese Erwartungen auch enttäuscht werden, denn ein klares Bild über das Stärkeverhältnis der Parteien werden erst die Gemeindevahlen in den großen Industrieorten mit den gewerkschaftlich und politisch geschulten Wählermassen liefern, so darf natürlich nicht übersehen werden, daß sich die politischen Verhältnisse seit 1919 erheblich geändert haben. Gerade daraus ist ja zu erkennen, warum die Arbeiterpartei trotz der in Erscheinung tretenden Einbuße von Stimmen und Mandaten keinen Grund zur Mutlosigkeit hat.

Dem politisch Ungeschulten erscheint der Wahlkampf, wie der politische Kampf überhaupt, stets als ein Kampf zwischen Gerechten und Ungerechten, Ehrlichen und Unehrlischen, als eine Angelegenheit der Moral. Der denkende, in die Mystik der heutigen Gesellschaft eingeweihte Sozialist weiß, daß jeder politische Kampf, also auch der Kampf um die Herrschaft in der Gemeinde, ein Kampf der Besitzenden gegen die Besitzlosen, ein Kampf zwischen Kapital und Arbeit, eben ein Teil des großen Klassenkampfes ist. Nicht aus Dummheit und Bosheit bekämpfen uns unsere Gegner, sondern weil ihr Interesse, das Interesse der Besitzenden, unvereinbar ist mit dem Interesse des Proletariats. Wie sollte der Unternehmer, der in den Gewerkschaften und Betriebsausschüssen ein Dementis seiner unumschränkten Herrschaft im Betriebe sieht und nunmehr zu den Leistungen für die Allgemeinheit mehr herangezogen wird als früher, der Händler und Kaufmann, die in den Konsum- und Wirtschaftsgenossenschaften eine Bedrohung ihrer Existenz erblicken, der Hausbesitzer, der den Mieterkampf und die öffentliche Wohnungsfürsorge fürchtet, sozialdemokratisch wählen? Wenn sich auch die einzelnen bürgerlichen Interessengruppen und ihr Anhang untereinander bekämpfen, die Nationalparteilisten mit den Nationalsozialisten und Sozialdemokraten, die Agrarier mit den Nationalparteilisten und Christlichsozialen, die Gewerbe- und Wirtschaftsparteiler mit den Nationalparteilisten in Paul und Hader liegen, im Kampfe gegen die Sozialdemokraten, im Krieg gegen jede Sozialpolitik, gegen alle Ausgaben für das gewöhnliche Volk finden sich alle wieder. Daß die geschworenen Feinde der Arbeiterklasse sich gerade jetzt wieder stark fühlen, und — wie der gewesene Deutsche Kaiser anlässlich der Reichstagswahl im Jahre 1907 — an alle Stände, ob hoch oder niedrig, an alle Konfessionen appellieren, einzig zusammenzustehen, um nicht nur reiten, sondern auch alles niederreiten zu können, was sich ihnen entgegenstellt — was allerdings auch Wilhelm nicht erlebte — hat seine tieferen Ursachen.

Bei den allgemeinen Gemeindevahlen im Juni 1919 war die durch Krieg und Revolution erzeugte politische Stimmung der proletarischen und halbproletarischen Wählermassen für die Sozialdemokratie günstig. Obwohl in dieser Zeit Partei und Gewerkschaften damit beschäftigt waren, die durch den Krieg fast völlig zerstörten und infolge der uns von Wien abtrennenden Friedensverträge ihrer geistigen Führung beraubten Organisationen aufzubauen, die Massen der neuen Mitglieder zu schulen und aus diesem Grunde nicht überall ihre ganze Kraft dem Wahlkampf widmen konnten, vereinigte die Partei nach der amtlichen Zusammenstellung des tschechoslowakischen Wahlbüros auf ihre Wahllisten in Böhmen, Mähren und Schlesien von 4.539.552 abgegebenen Stimmen überhaupt, darunter 1.422.038 deutschen Stimmen, 623.166 oder 43,82 Prozent. Von diesen 623.166 deutschen sozialdemokratischen Stimmen entfielen auf Böhmen 510.009 (46,91 Prozent), Mähren 76.415 (32,21 Prozent) und Schlesien 36.652 (37,58 Prozent). Der Wahlerfolg verschaffte der Arbeiterpartei entscheidenden Einfluß auf einem bisher fast unbetretenen Kampfgebiet, aber damit auch neue, verantwortungsvolle Arbeit. In Duzenden großen und mittleren Gemeinden, in Böhmen außerdem noch in den anstelle der aufgelösten Bezirksvertretungen ernannten Bezirksverwaltungen-

Kommissionen, mußten unsere Genossen die Verwaltung übernehmen oder mitarbeiten. Eine große Zahl der besten Vertrauensmänner wurde der Arbeit für Partei und Gewerkschaft entzogen. Dazu kamen die Schwierigkeiten der Gemeinden in finanzieller Beziehung, die auch die Regierung bis heute nicht beseitigen konnte und für die sozialistischen Gemeindeverwaltungen die Unmöglichkeit, auch nur einen erheblichen Teil der allzu berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft zu verwirklichen. Und in natürlicher Folge die Enttäuschung jener indifferenten Schichten, die in der Revolutionsperiode nur gefühlsmäßig zur Sozialdemokratie gestanden sind, ohne für Wesen und Anhalt des Kampfes Verständnis zu haben. Diese Tatsachen allein würden genügen, um den Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen bei den kommenden Wahlen begreiflich erscheinen zu lassen.

Den größten Einfluß auf die politische Einstellung großer Schichten, die in der Nachkriegszeit mit der Sozialdemokratie sympathisierten, übten natürlich jene Vorgänge, welche sich in politischer und wirtschaftlicher Beziehung um uns abspielten. Die Uneinigkeit der Arbeiterklasse, die Spaltung der Organisationen durch die Kommunisten in einer Zeit, in der die Einheit am nötigsten gewesen wäre, ermunterten die konterrevolutionären Kräfte. Die einheitliche Kampffront zerfiel, niedergedrückt von der schon seit Monaten andauernden Wirtschaftskrise, ist die Arbeiterklasse in der Tschechoslowakei vorläufig in eine Defensivstellung gedrängt. Mit der erstarkenden Reaktion wächst auch der Abfall der sich aus den Reihen der Beamten, Angestellten und Lehrer rekrutierenden November- und Juni-Sozialisten von unserer Partei. Sie finden wieder in das bürgerliche Lager zurück und nur jene blieben dem Sozialismus erhalten, welche zum Klassenbewußtsein erwacht und geistig darin gefestigt sind. Tausende Landarbeiter und Handwerker in den kleineren Gemeinden stehen wieder unter dem wirtschaftlichen Druck der Großbauern, Haus- und Grundbesitzer, die vom Schwere der Revolution befreit, wieder ihre Herrenrechte ausüben wollen. Die nationale Hege spielt in der Tschechoslowakei, dem neuen alten Oesterreich, bei den Wahlen eine nicht unbedeutende Rolle. Im deutschbürgerlichen Lager gibt es zwar dem Namen nach neue Parteien, aber keine neue Richtung in der Politik. Noch mehr als früher im alten Oesterreich, erschöpft sich ihre Politik in Jänkereien und Krakeelen, im Streit darum, welche von den Parteien und Parteien das deutsche Volk am besten vertritt. Entsprechend diesem Zustande ist das Verhalten der tschechischen Regierung. Uebergriffe der staatlichen Behörden und Lenker, Schikanierung der deutschen Gemeinden und Schulleitungen in der Sprachbehandlung — erst kürzlich hat der Verband der tschechischen Städte seine Mitglieder darauf aufmerksam gemacht, daß die Nichtbeantwortung der deutschen Zuschriften deutscher Gemeinden ganz in der Ordnung ist, während im Falle der Nichtbeantwortung einer tschechischen Zuschrift seitens einer deutschen Gemeinde gegen diese die Anzeige bei der politischen Landesverwaltung zu erstatten wäre — die Drofflung des deutschen Volks- und Bürgerschulwesens sind an der Tagesordnung. Die tschechischen Sozialdemokraten, die der Souveränität der Internationalen die Souveränität der Nation vorantstellen, fördern wohlwollend diese Tätigkeit und liefern damit den Massenagitatoren der deutschen Arbeiter Wahlmaterial und Stimmen. Nicht der Kapitalismus, der Merkantilismus, sind in den Augen vieler deutscher Wähler der Feind, sondern nur von Prag droht die Gefahr! So werden auch proletarische Schichten und insbesondere die Frauen irreführt und geraten in die Fänge der Merkantilen, welche dank der Politik der Deutschnationalen bei den jetzigen und kommenden Wahlen die besten Aussichten auf Stimmen- und Mandatszuwachs haben.

Englisch-französische Annäherung. — Für die Neutralität des Rheinlandes.

Offizielle Würdigungen der Initiative Loucheurs.

Paris, 8. April. Gaby veröffentlicht über die Londoner Reise Loucheurs folgende Äußerung: In den Wandelgängen der Kammer hatten sich gestern trotz der Ferien zahlreiche Deputierte zusammengefunden, um sich über die Londoner Reise Loucheurs zu unterhalten. Seine Initiative wurde durchaus gebilligt. Man kritisierte jedoch allgemein seinen Besuch bei Lloyd George, der durch seine Frankreich feindlichen Artikel die französische öffentliche Meinung in den letzten Monaten lebhaft erregt hat. Immerhin wäre es für Loucheur schwierig gewesen, den englischen Staatsmann, mit dem er während des Krieges Jahre lang zusammengearbeitet hat, völlig zu ignorieren. In seiner Ansprache habe er Lloyd George jedenfalls versichert, daß Frankreich geschlossen hinter der Ruhraktion stehe. Auch mit den Mitgliedern der jetzigen englischen Regierung habe sich Loucheur über diese Frage ausgesprochen. Die Herzlichkeit der Aufnahme, die er dort gefunden habe, bezeuge, daß die Gesinnung der englischen Regierung gegenüber Frankreich nach wie vor freundlich sei. Mit Befriedigung könne man die Tendenz feststellen, den französischen und den englischen Standpunkt einander anzunähern. Es sei gewiß, daß die britische Regierung an dem Tage, an dem die Verhandlungen wieder aufgenommen würden, Frankreich loyal zur Seite stehen werde.

London, 8. April. Reuter meldet: Der Besuch des Loucheur in England abgestattet hat, und bei dem er Unterredungen mit Bonar Law, Lloyd George und anderen hervorragenden Persönlichkeiten hatte, hat in politischen Kreisen zu lebhaften Mutmaßungen Anlaß gegeben. Man glaubt allgemein, daß trotz der gegenseitigen Erklärungen Loucheurs, als in offizieller Vertretung der französischen Regierung gehandelt zu haben, und daß die ihm anvertraute Aufgabe darin bestand, die Frage der Reparationen und der englisch-französischen Beziehungen zu erörtern. Diese Auffassung wird durch den gestrigen Besuch Loucheurs beim

Präsidenten Millerand bestätigt. Es verlautet, daß die britischen Staatsmänner Loucheur davon verständigt haben, daß Großbritannien jederzeit bereit sei, die Erörterungen, die in Folge der Ruhrbesetzung aufgeschoben wurden, wieder zu eröffnen. Es wurde aber betont, daß Großbritannien die Organisation eines von Deutschland abzutrennenden Rheinlandstaates, in welcher Form auch immer, nicht dulden könne. Die Hauptsache, die sich bei Loucheurs Besuch ergeben hat, ist, daß er sich bereit gezeigt hat, einer Summe zuzustimmen, die sich der im britischen Reparationsplan genannten nähert. In Erwägung dieses Zuständnisses wird Großbritannien, wie man glaubt, wahrscheinlich irgend eine Form von Neutralität des Rheinlandes, die aber keine Loslösung mit sich bringt, zustimmen, damit Frankreich gegen einen Angriff geschützt ist.

Paris, 9. April. (Gaby.) „Echo de Paris“ meldet: Poincare hat die Brüsseler Regierung telegraphisch verständigt, daß die Reise Loucheurs nach London eine private war. Poincare hat bei dieser Gelegenheit betont, daß die französische Reparationspolitik unverändert ist und daß die französischen Truppen das Ruhrgebiet nur nach Maßgabe der Zahlungen Deutschlands räumen werden. Frankreich wird keine weitere Herabsetzung seiner Forderungen zulassen, ausgenommen gemäß seiner früher abgegebenen Erklärung die Annullierung der Bonds der Serie C für den Fall, als der England und Amerika schuldenbeige Betrag gestrichen würde. Der „Matin“ (das Leitblatt Poincares) schreibt: Das französische Reparationsprogramm stellt sich folgendermaßen dar: Streichung der interalliierten Schulden, wobei jedes Land seine Kriegskosten und seine Pensionen selbst bezahlen muß, und die Garantie Deutschlands für den Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete.

Die Gemeindevahlen hätten in der Tschechoslowakei auf Grund der Wahlordnung vom Jahre 1919 schon im Juli 1922 stattfinden sollen, da in den Bestimmungen dieser Wahlordnung den im Jahre 1919 gewählten Gemeindevertretungen ausdrücklich nur eine dreijährige Wirkungsdauer zugesprochen wurde. Das Gesetz vom 14. Juli 1922, mit welchem die Gemeindevahlordnung vom Jahre 1919 abgeändert wurde, verlängert diese Wirkungsdauer um ein Jahr, so daß sie Ende Juni l. J. abläuft. Nach § 11 deselben Gesetzes sind aber während der Frist von zwei Monaten, gerechnet vom Tage der gesetzmäßigen Auslegung der ständigen Wählerverzeichnisse keine Gemeindevahlen durchzuführen, so daß, da die ständigen Wählerverzeichnisse alljährlich am 15. Juni und 15. Dezember aufzulegen sind, in der Zeit vom 15. Juni bis 15. August und vom 15. Dezember bis 15. Februar keine Wahlen vorgenommen werden können. Die Durchführung der Wahlen ist also nur in der Zeit vom 16. August bis 14. Dezember möglich. Nun sieht die neue Gemeindevahlordnung vor, daß die Wahlen im ganzen Gebiete der Republik nicht an einem Tage stattfinden, sondern mit Rücksicht auf die Behörden, welche die Wahlarbeiten nicht bewältigen können, bezirksweise auf einige Monate ausgedehnt werden. Die politischen Bezirksverwaltungen haben auch bereits entsprechende Weisun-

gen betreffend die Wahlschreibung erhalten. Ob, wie die „Prager Presse“ und das „Prager Abendblatt“ zu melden wissen, die Gemeindevahlen während dieser Zeit auch in der Slowakei und in Karpathenland durchgeführt werden, ist jedenfalls stark zu bezweifeln.

In Böhmen, Mähren und Schlesien muß sich die sozialdemokratische Arbeiterschaft auf die Gemeindevahlen vorbereiten. Der Wahlkampf wird, das ist das Erstrebte für die Partei, einheitlich und klar nach unseren sozialistischen Grundanschauungen geführt werden können. Es wird die Hauptaufgabe der Partei sein, die Wahlbewegung zu einer großen Werbekaktion für den Sozialismus zu gestalten. Tausende, nach ihrer sozialen Stellung zur Arbeiterklasse gehörenden Menschen zu uns herüber zu ziehen, darüber Klarheit zu schaffen, daß alle gesetzgebenden und Verwaltungskörperschaften Herrschaftsinstrumente der kapitalistischen Gesellschaft, der Besizhenden sind, solange die Arbeiterklasse nicht stark genug ist, die politische Macht zu erobern und zu erhalten. Deshalb muß der persönliche Kampf vermieden werden: Nicht allein um Stimmen und Mandate geht es, sondern um die Gewinnung neuer Anhänger, um die Erweckung des Interesses der Arbeitermassen für die Kommunalpolitik. Da immer ausschließlich nur der Haß gegen die Sozialdemokratie das Handeln unserer Gegner

bestimmt, werden sich diese immer wesensverwandter und die Unterscheidungen verschwinden. So ist es gut. Wieder einmal, wie so oft steht die Sozialdemokratie, hier die deutsche Sozialdemokratie, allein, ringsum nur Feinde! Umso fester aber wird unsere Ueberzeugung, umso einseitiger unsere Politik, die sich nur leiten läßt vom Willen der organisierten Arbeiterschaft.

Inland.

Die Deutschnationalen für die — Selbstverwaltung. Der deutsche national-soz. Senator Jesberger bringt in der Troppauer „Deutschen Post“ Tatsachen zur Kenntnis der Deutschnationalen, von deren Verbreitung die Deutsche Nationalpartei und insbesondere Herr Lodgman wohl wenig entzückt sein dürften. Lodgman, der sich jetzt als alleinigen Hüter des Selbstbestimmungsgedankens aufspielt und den Senator Jesberger verdonnerte, weil er sich für die Gegenwartsförderung der Selbstverwaltung einsetzte, muß sich von Jesberger daran erinnern lassen, daß gerade unter Lodgmans Führung Richtlinien für die zu fordernde nationale Autonomie in der Tschechoslowakei ausgearbeitet wurden. Zum Beweise führt Jesberger folgenden an:

„... Ich begehe heute keine Indiskretion, wenn ich mitteile, daß es deutsche Senatoren der Nationalpartei waren, die im Jahre 1922 im Senatsverbanne der deutschen Parteien Leitfäden für die Arbeiter in der Haushaltsausprache vorstiegen, in denen neben der Selbstbestimmung auch die Selbstverwaltung gefordert wurde. Damals vertug sich also die Forderung der Selbstverwaltung mit der des Selbstbestimmungsrechtes; denn ich glaube nicht, daß der Obmann der deutschen Nationalpartei diese senatorischen Mitglieder als Regier behandelt hat.“

Man kann neugierig sein, was Lodgman dieser interessanten Reminiscenz entgegenhalten wird.

Sier Gemeindevahlsergebnisse. Am vergangenen Sonntag haben im tschechischen Gebiete wiederum in einigen Orten Gemeindevahlen stattgefunden. In Komarov bei Horowitz erhielten die Kommunisten 237 Stimmen und 7 Mandate, die tschechischen Sozialdemokraten 175 Stimmen und fünf Mandate, die tschechischen Sozialisten 48 Stimmen und zwei Mandate, die tschechischen Nationaldemokraten 203 Stimmen und sechs Mandate, die tschechischen Agrarier 77 Stimmen und zwei Mandate, die politischen Gewerbetreibenden 60 Stimmen und zwei Mandate. Beachtenswert ist vor allem der Verlust, den die tschechischen Sozialistenpartei erhalten hat und der mehr als 100 Prozent ihrer Stimmen vom Jahre 1920 beträgt. Der Besitzstand der tschechischen Sozialdemokraten ist zum großen Teil an die tschechischen Kommunisten übergegangen. Dagegen haben sie bei den anderen Gemeindevahlen besser abgeschnitten. In der Gemeinde Tust erhielten sie 93 Stimmen und fünf Mandate, die tschechischen Sozialisten 35 Stimmen und ein Mandat, die Agrarier 98 Stimmen und fünf Mandate, die Bauerngruppe 73 Stimmen und vier Mandate. In der Gemeinde Halamky erhielten die tschechischen Sozialdemokraten 55 Stimmen und vier Mandate, die Agrarier 62 Stimmen und vier Mandate und die Kleinbauerngruppe 58 Stimmen und vier Mandate. In der Gemeinde Mileda erhielten die tschechischen Sozialdemokraten 34 Stimmen und zwei Mandate, die gemeinsame Liste der tschechisch-bürgerlichen 159 Stimmen und neun Mandate und die Kleinbauern 61 Stimmen und vier Mandate.

Sie können es nicht erwarten! Da die Koalition auf dem Wege von Wahlen nicht mehr Mandate gewinnen kann, versucht sie ihren Besitzstand dadurch zu vermindern, daß sie oppositionelle Abgeordnete vom Wahlgericht ihrer Mandate enteignen läßt. Die tschechische Sozialistenpartei will

Der Ursprung des Menschen.

Vortrag Wilhelm Boelsche in der „Arantia“.

Bis etwa in die Mitte des vorigen Jahrhunderts wußte man sich mit den mannigfaltigen Erscheinungsformen in denen das organische Leben uns vor die Augen tritt, keinen Rat. Man sah Pflanzen und Tiere, man sah Vögel, Fische, Ariechtiere, Säugetiere, Schnecken und Käfer, Fliegen und Larven und Würmer, man sah Bäume und Sträucher, Gräser und Moos, eine verwirrende Fülle der verschiedenartigsten Daseinsformen, und wußte nicht, wie man eine Ordnung in dieses scheinbare Chaos bringen könnte. Wohl ahnten schon seit je her hervorragende Geister, daß da ein Zusammenhang, eine Ordnung alles Lebenden bestehen müsse, eine ganze Reihe von Naturforschern bemühten sich, ein System, eine Ordnung in all die bestirrende Fülle zu bringen, so Agassiz, Lamarck, Linnaeus, Kant und vor allen Goethe, der schon eine ganz klare oder noch nicht mit Beweismaterial belegte Vorstellung von den Dingen hatte.

Licht brachte erst der englische Naturforscher Charles Darwin. Er sagte, alles Leben sei auf frühere Formen zurückzuführen, aus denen unser heutiges durch Entwicklung entstanden sei. Also, wenn man es ganz deutlich, wenn auch vielleicht etwas zu schematisch sagen wollte: am Anfang gab es eine Tierform und aus der haben sich durch verschiedene Einflüsse (Nahrung, Kampf ums Dasein, Anpassung etc.) all die verschiedenen Arten entwickelt, die wir heute sehen. Die Entwicklung geht natürlich fortwährend weiter. Arten, die heute bestehen, verschwinden, neue entstehen, ein ewiger Wechsel von Sein, Vergehen und Werden.

Diese Erkenntnis wurde dann weiter ausgebaut und vertieft und mit neuen, fast uns wunderbare grenzendem Beweismaterial (Ontogenese) versehen vom deutschen Philosophen und Naturforscher Haeckel. Sie wurde sogar recht populär, so zwar, daß sie in aller Leute Mund war, jeder von ihr etwas redete, keiner aber was Neues wußte. Denn Darwin selbst zu lesen war etwas langweilig und auch nicht gar zu leicht, und ohne Darwin war Haeckel wieder nicht ohne weiteres verständlich. So hörte man, wo von Darwins Theorie gesprochen wurde, jahrelanglang bis das dumme Wort: der Mensch stammt vom Affen ab, wiewohl es genau so gut umgekehrt heißen konnte, der Affe stamme vom Menschen ab, und es wäre beides gleich falsch, gleich mißverstanden gewesen.

Und dies ist das große Verdienst Bölsches, die naturwissenschaftliche Entwicklungstheorie, wie man eigentlich richtig die Darwin-Haeckelsche Theorie nennen sollte, dem weiteren Volke verständlich gemacht zu haben. In einer großen Reihe von Büchern und Aufsätzen hat es Bölsche verstanden, diese Erkenntnisse in oft blendender und meist auch sehr unterhaltender Form zu popularisieren. Am bekanntesten vielleicht ist sein „Lebensleben in der Natur“. Doch sind wie folgt die Veröffentlichungen die Fülle und alle gleich lesenswert und unterhaltend.

In seinem Vortrag am Samstag ging er vom Märchen von der Melusine aus. Ihr Ritter

*) Eine große Zahl seiner Abhandlungen und Bücher ist in der vorzüglichen und sehr billigen Reihe der Kosmos-Bücher (Frankfurt: Verlagshandlung, Stuttgart) erschienen. Die Verlagshandlung versendet bereitwillig Probenummern der Zeitschrift „Kosmos“.

und Anbeter verfällt der Verzweiflung, weil er merkt, ihre unere Körperhaftigkeit sei ein Fiktion. Auch die Darwintheorie fügt jedem von uns einen solchen Tierrest zu. Deshalb lehnen sie viele Menschen ab.

Nach Jeschner muß jede Theorie, an die wir glauben sollen, drei Bedingungen erfüllen: Sie muß 1. mit dem heutigen Stande der Wissenschaft in Einklang stehen, 2. muß sie Anknüpfung an bisherige Erkenntnisse haben und es muß sich 3. mit ihr leben lassen.

Auf die Abstammungstheorie angewendet, ergibt sich, mit dem zweiten Punkte beginnend:

Der Gedanke hat Tradition. Der Mensch fand immer Zusammenhänge zwischen sich und den Tieren. Märchen von Verwandlungen, Zeeesläuterung, Zeeeswanderung. Sogar die Wissenschaft glaubte vor nicht gar zu langer Zeit, daß z. B. der Bandwurm aus menschlichen Körperverfäulen entstehe. Kant bezeichnet die Abstammung des Menschen von einer Tierstammkette schon als Denkmöglichkeit, wenn auch als eine abenteuerliche. Goethe denkt dieses „Abenteurer der Vernunft“ schon in alle Konsequenzen, wenn auch noch nicht mit wissenschaftlichem Beweismaterial belegt.

Zum Punkte 1, der wissenschaftlichen Integrität übergehend, entwickelt Bölsche den Stammbaum des Orang-Utangs. Der geht über einen zahmlosen Affen, der vor zwei Millionen Jahren in Europa lebte, zu einem Raubaffen in Ägypten, weiter zum Koboldaffen auf den Sunda-Inseln, dann zu unserem heute noch lebenden Ael, zum Beuteltier, Schnabelltier, Wolfshund, Fisch, Urfisch, Wurm, zur Amöbe, dem einzelligen Lebewesen, bis er sich dann dort verliert, wo Tier und Pflanze noch nicht getrennt sind.

Man hat eingewendet, daß die gewöhnlich

angenommenen geologischen Zeiträume nicht für diese Entwicklung hinreichen dürften. Doch haben diese Zeiträume als Resultat der letzten Radiumforschungen eine ungeheure Vergrößerung erfahren, sodah man heute die geologischen Epochen nicht mehr nach Jahrmillionen, sondern nach Jahrmilliarden rechnet und weiters hat man in Ergänzung zur Darwintheorie gefunden, daß die Triebfeder der Entwicklung nicht bloß und nicht so sehr Kampf ums Dasein und Zuchtwahl sind, sondern daß dabei die sogenannten Mutationen eine große Rolle spielen, die eine plötzliche Revolution in der langsamen Entwicklung vorstellen.

Als weiterer wissenschaftlicher Beleg von ungeheurer Bedeutung sind — abgesehen von Haeckels Theorie der Ontogenese, derzufolge im Mutterleib oder im Ei jedes Individuum kurz seine ganze Jahrmillionen dauernde Entwicklung wiederholt — die Bluttransfusionsversuche Friedentals anzusehen. Nur Blut sehr nahe verwandter Tierarten läßt sich von einem Tier auf das andere ohne Schaden überführen. Von Kaninchen auf Hase, vom Pferd auf Esel, aber nicht etwa vom Schaf auf den Menschen. Dagegen mischt sich ohne weiteres Blut des Schimpansen mit Menschenblut. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß der Mensch vom Affen abstamme, auch nicht, daß der Affe vom Menschen, auch nicht, ob beide selbstständige Zweige eines gemeinsamen Stammes, sondern, daß sie ganz nahe verwandt sind und, wie alle organischen Wesen einem weitverzweigten, aber gesetzmäßig organisierten Stamme angehören, der sich ständig hinaufentwickelt, dessen Entwicklungsgesetz wir noch nicht genau kennen, aber das vielleicht auf die Entwicklung immer höherer Intelligenz geht, ein Gesetz, das auch für die Betrachtung des Lebens im Kosmos brauchbar ist!

Damit kommen wir auch zur dritten Forde-

zum Beispiel den Abgang der Bruderschaften durch weitmachen, daß sie sie einfach der Mandate berauben will. Sie hält die Entscheidung des Wahlgerichtshofes für so sicher, daß sie im „Ceskoslovensky Legionar“ sich darüber freut, daß bei einer eventuellen Entziehung der Mandate der ausgesprochenen Abgeordneten an deren Stelle der Organisator der Kanzlei der Legionäre Kapitän R. Koval tritt, dessen vorkriegsische Tätigkeit der Öffentlichkeit genügend bekannt ist. Das Blatt meint, daß Kapitän Koval sein Mandat sicherlich zum Wohle der Legionäre ausüben würde. Darum geht es aber den tschechischen Sozialisten nicht, viel näher liegt ihnen das Wohl der Kowalisten.

Dr. Englisch warnt vor einer Fortsetzung der Deflationspolitik. In den sonntägigen „Lidové Noviny“ behandelte Dr. Englisch der neuen Aufsicht der tschechischen Krone. Er sagt, daß das Bankamt die absolute Möglichkeit hat, dem Aufstieg der tschechischen Währung im Auslande ohne Opfer und ohne Gefahr entgegenzutreten, obschon es das Ziel in der Krone nur, unter der Voraussetzung des finanziellen Gleichgewichts und des Gleichgewichts in der Zahlungsbilanz, durch einen großen Devisenvorrat hindern kann. Wenn der Kurs der Krone langsam über 16 Centimes steigt, so wird es nötig sein, anzunehmen, daß dies mit Willen des Bankamtes geschieht, welches zwar einen raschen Aufstieg, wie es im Vorjahre vor sich ging, hindert, wahrscheinlich weil es dessen Schädlichkeit erkannt hat, aber die grundsätzliche Linie in der Deflation weiter fortzuziehen, nicht verläßt, wenn auch mäßig und langsam, so doch konsequent.“ Dr. Englisch macht darauf aufmerksam, daß das erwartete Ende der Teuerung nicht eingetreten ist, daß sich bloß Ziffern, nicht aber die allgemeine Wohlfahrt geändert haben, und daß wir uns dem Kurse einer Krone gleich 16 Centimes nicht anpassen haben. Wir haben überhaupt die Deflationstriebe nicht überwunden; wir haben bisher nicht die Schäden verdaut, die aus der Deflation bis 16 Centimes erwachsen. Wir haben auch erkannt, daß die aus der Deflation entstandenen Schäden ständige und unerfessliche sind und zwar darum, weil ein Schritt zurück, zur Herabdrückung des Kurses, von noch größeren Schäden begleitet wäre. Die Industrie, die an Fertigwaren verloren hat, würde eine neuerliche Verteuerung der Rohwaren, die aus einer niedrigeren Valuta erwachsen würde, nicht mehr übertragen. Der Staat würde bei einer gesunkenen Währung vor herabgesetzten Einnahmen und erhöhten Ausgaben stehen. Unter diesen Umständen in eine Phase der Deflationspolitik eintreten, würde bedeuten, den Staat in eine neue Krise zu werfen und Dr. Englisch sagt klipp und klar, daß der Staat eine weitere Deflation nicht mehr ertragen würde; weder wirtschaftlich, noch finanziell, noch politisch. Dr. Englisch schließt: „Ich warne die maßgebenden Faktoren, sich etwa von der momentanen Situation am Weltmarkt täuschen zu lassen und die wirtschaftliche Situation im Inland zu übersehen.“ Hoffentlich wird die Warnung Dr. Englischs nicht wirkungslos verpuffen, so wie die öftmaligen Warnungen von andern, allerdings oppositioneller Seite.

Ein Nachtragkredit von 220 Millionen für die Arbeitslosenunterstützungen. Der Minister hat in seiner Sitzung vom 7. April den Gesetzentwurf genehmigt, mit welchem ein Nachtragkredit zur Unterstützung der Arbeitslosen im Betrage von 220 Millionen Kronen über den im Staatsbudget 1923 angeetzten Betrag bewilligt wird. Der Finanzminister wird ermächtigt, diese Summe, falls im Staatsbudget 1923 keine Bedeckung vorhanden wäre, durch Kreditoperationen zu beschaffen. Das Gesetz tritt mit dem Tage der Kundmachung in Kraft.

Schon wieder ein tschechischer Sozialist bei den Faschisten. Dem „Pravo Lidu“ zufolge wurde der Direktor des tschechischen nordböhmischen Arbeiterverbandes „Rednota“ Hrouda aus der nationalsozialistischen Partei ausgeschlossen, weil er sich der faschistischen Bewegung angeschlossen hat.

Frage, ob sich mit der Theorie praktisch leben lasse. Manchem erschien der Gedanke unerträglich, in eine gemeinsame Familie mit allen anderen Tieren zu gehören. Nun sind aber doch ganz große Analogien einfach unabweisbar und nicht zu leugnen. Etwa die Entstehung der Nachkommen, ihre Entwicklung im Mutterleib und das nachfolgende Stillgeschäft der Mutter. Biologisch ist zwischen säugendem Tier und stillender Mutter doch auch bei größter Ausprägung kein Unterschied zu finden. So entschlossen sich viele Gegner der Darwintheorie zu verschiedenen Ausflüchten. Wolesley zum Beispiel gibt die körperliche Tierähnlichkeit zu, er nimmt aber an, daß Wesen, etwa Geister, oder kosmische Intelligenzen den Tierkörper bloß als ihren Sitz anerkennen haben, in dem sie besonders bequem hausen können. Ein etwas offener Glaube. Wasmann gibt den tierischen Stammbaum zu, nimmt aber an, daß bei der Zeugung beim Menschen noch ein besonderes Etwas dazukomme: die Seele. Dies ist also den Tieren alle seelischen und geistigen Fähigkeiten abspreiben, was heute wohl kein Naturforscher von Rang zugeben wird.

Wahr ist nur, daß wir heute in bezug auf die Entwicklung der geistigen Eigenschaften vor Unerforschlichem stehen. Damit soll aber nicht gesagt werden vor Unerforschlichem. Der Menschengestalt, der trotz vorübergehender Regressionen und Erniedrigungen soviel Bewunderungswürdiges geschaffen hat, mißt sich auch da vorwärts. Und schließlich kann eine Mutation kommen, die den heutigen Menschen in revolutionärem Sprunge hinaufsetzt, hoch, hoch über sich selbst, so hoch, als er selbst heute über der einseitigen Amöbe steht.

Ein großes Programm liegt der eigentlich heute beginnenden Frühjahrsession des Parlamentes vor. Der „Venkov“ sagt, daß die parlamentarische Tagung durch das vorliegende Gesetz über die Sozialversicherung ungemein bedeutungsvoll sei. Diese Gesetzesvorlage sei ein epochales, einzig dastehendes Werk, das seinesgleichen in keinem Nachbarstaate habe. In der Bedeutung und Wichtigkeit könne dieses Gesetz nur mit dem Bodenreformgesetz verglichen werden. Das zweitwichtigste Gesetz, das noch in dieser Session zur Erledigung gelangen werde, sei die Novellierung des Gesetzes über die Vermögensabgabe und Einkommensteuer. Der tschechischen agrarischen Partei sei es im letzten Augenblicke gelungen, die übrigen Koalitionsparteien davon zu überzeugen, daß das bisherige Gesetz abgeändert werden müsse. Heute werde bereits die Vorlage über die Novellierung des Mieterschutzgesetzes dem Parlamente vorgelegt und in einer zweiten formalen Sitzung dem sozialpolitischen Ausschuss zugewiesen werden. Das Gesetz dürfe bis zum 17. April verabschiedet werden, worauf es dem Senat zur Beratung übergeben werde. Das Eisenbahnministerium legt drei Anträge vor, darunter die Vorlage bezüglich der Verstaatlichung der Buschstraßen Eisenbahn. Das Innenministerium legt Gesetze betreffend die Änderung der Wahlordnung in die Gemeinden, die Regelung der Gendarmerie-Versorgungsbezüge, die Gendarmerie-Disziplinarordnung, die landwirtschaftlichen Bezirksvorschußkassen und Geld-Kontributionsfonds in Böhmen, das Gesetz über Sonntags- und Feiertage u. a. vor. Das Finanzministerium bereitet ein Gesetz über den Schutz der Einleger, den Schutz des Devisenhandels, Maßnahmen zum Schutze der tschechoslowakischen Währung, Nachlässe bei der allgemeinen Einkommensteuer, Herabsetzung der Verzugszinsen bei Steuerresten, eine Novelle

zur Vermögensabgabe und Wertzuwachssteuer, Regelung der Besteuerung der Spiritus-Produktion und Bewerksichtigung, Milderung bei Fusionierung gewerblicher Unternehmen. Das Handelsministerium unterbreitet einen Gesetzentwurf über die vorläufige Regelung der Handelsbeziehungen mit dem Auslande, einen Gesetzentwurf bezüglich der Bezeichnung des Patentanspruches usw. Das Ministerium für nationale Verteidigung legt ein Gesetz über die Aufnahme ehemaliger österreichisch-ungarischer Militärgastgen in das tschechische Heer, weiter eine militärische Disziplinarvorschrift, Regelung der Dienstbezüge des Heeres, Versorgungsbezüge der Militärgastgen und Anwärter i. R., der invaliden Berufsunteroffiziere, ihrer Witwen und Waisen, sowie Invaliden aus den Reihen der Mannschaft oder ihrer Hinterbliebenen u. a. vor. Das Unterrichtsministerium bereitet vor: das Gesetz über den Unterricht in Religion und Bürgerkunde an Mittelschulen und Lehrerbildungsanstalten, das Gesetz über den Unterricht in der Staatsprache sowie in den Sprachen der nationalen Minoritäten an Mittelschulen und Lehrerbildungsanstalten, das Gesetz, bezüglich der Benützung der zu Zwecken des Gottesdienstes dienenden Räume und Gebäude, sowie der Friedhöfe, das Gesetz über die Schulverwaltung Groß-Prags, über Hilfsschulen u. a. Die geringste Zahl der Vorlagen überreichte das Innenministerium, und zwar: das Gesetz über die Konsulargebühren, den Vertrag über die Regelung der Luftschiffahrt, Handelsverträge mit Lettland, Portugal und Griechenland, Änderungen des Vertrages über den Völkerverbund u. a. Das Justizministerium bereitet eine Sammlung von Gesetzen vor, die sämtlich als dringend bezeichnet sind; darunter befindet sich auch das Preßgesetz. Viele der Vorlagen dürften aber erst in der Herbstsession zur Verhandlung kommen.

teils, sowie der vollkommenen Unverfäglichkeit seines Gedächtnisses ergibt sich vielfach eine, den Forderungen der Logik und dem einfachen Menschenverstande widersprechende und seine Umgebung verblüffende Handlungsweise.

Zum Schluß will ich hervorheben, daß die hier geschilderten Symptome seiner krankhaften geistigen Beschaffenheit zum größten Teil aus eigenen Beobachtungen erschlossen sind, während die mir aus Mitteilungen anderer Personen bekanntgewordenen Aufschlüssen des Oberklinikarztes Dr. Halbhuber, welche noch andere pathologische Rüge seines Wesens aufzudecken geeignet sind, keine eingehendere Veranschaulichung fanden.

Eingabe und Gutachten des Dozenten Dr. Fischer.

Der bekannte Psychiater, Dozent Dr. Josef Fischer, der, wie wir schon schrieben, in einer vom 14. Dezember 1916 datierten Eingabe an das Prager Militärstationskommando die Zurechnungsfähigkeit Halbhübers bezweifelte, stellte noch am 20. Dezember auf Befehl dieses Kommandos ein schriftliches Gutachten aus. Darin konstatierte er: „aus Unklarheiten grenzende Defekte im medizinischen Wissen“ Halbhübers; „Fehlen der allernotwendigsten Anfangskenntnisse“; „auffallende Vergesslichkeit“; „Diagnosen der Fachärzte über lange Zeit beobachtete Fälle wurden von Halbhuber beanstandet, der eigene, falsche Diagnosen stellte, und die Fachärzte zwingen wollte, ihre richtigen mit seinen falschen Diagnosen zu vertauschen; anekdotenhafte, lächerliche Äußerungen bei medizinischen Disputationen; arden wahn sinnige Ueberhebung; Schwärmerei mit Keimung zu Größenideen.“

Aus der ungeheuren Fülle der trassierten Einzelfälle können wir nur einige wenige wiedergeben:

Der Spezialist stellt dem H. einen Offizier, der mit Initialsymptomen einer progressiven Paralyse vor drei Monaten ins Spital gekommen war, dessen Zustand sich bedeutend gebessert hatte, vor. Im Zeugnis des Facharztes stand die Diagnose: Cerebrospinale Syphilis, Diensttauglich B. Halbhuber untersticht nicht und erklärt: „Der ist doch kriegsdiensttauglich.“ Vor dem Patienten spricht er über die Diagnose „Syphilis“, stellt an ihn ein paar belanglose Fragen und sagt dann zum Spezialisten: „Das ist doch keine Paralyse“, bezweifelt also die Diagnose des anerkannten Facharztes. Erst als dieser dem H. erklärt, daß höchstwahrscheinlich ein Rückfall eintreten wird, gibt H. die B-Klassifikation zu, verlangt aber die Diagnose: „Cerebrospinale Syphilis geheilt“, damit die Sub-Kommission den Offizier nicht wegschickt. H. will also bar jedes ärztlichen Gewissens den Chefarzt zu einer falschen Diagnose zwingen, um die Kommission zu täuschen.

Der Chefarzt demonstriert dem H. vier Fälle von Tetanie (eine typische Krampfkrankheit). H. fragt (vor dem gesamten Dienstpersonal): „Was ist das, Tetanie?“ Der Spezialarzt versucht, ihm die Krankheit, deren Kennzeichen Krämpfe sind, zu erklären. Darauf H. zu einem der Kranken: „Der ist doch kriegsdiensttauglich!“ Auf den Einwand des Chefarztes, daß dieser Mann doch bei jeder Gelegenheit Krämpfe bekommen kann, fragt H. verwundert: „Der hat Krämpfe?“ — Er hat also die Erläuterungen des Chefarztes gar nicht lapaziert und wollte trotzdem mit solcher Bestimmtheit klassifizieren.

Der Chefarzt stellt dem H. einen von der Rüstungskommission ins Spital geschickten Fall mit der Diagnose vor: „Stottern mittleren Grades“. H. läßt sich von dem Manne nur dessen Namen nennen und schreißt, ohne ihn auch nur ein Wort mehr sprechen zu lassen oder gar zu untersuchen, unter den Befund: „Das Stottern zum großen Teil aggressiv“. Er versucht also, einen typischen Stotterer dokumentarisch als Schwindler zu brandmarken.

Halbhuber schickte einen Offizier, einen Hochartikolaten, den Grafen Max Thun, der körperlich vollkommen normal ist, ohne ihn vorher untersucht zu haben, zu dem Dozenten Dr. Fischer mit dem Befehl, jenem ein Zeugnis auf Herzneurose und C-Klassifizierung zu geben.

Im Dienstzimmer befindet sich ausgezogen ein Kranke mit markanten allgemeinen Hautsyphiliden. Der Chefarzt beantwortet eine Frage des H. mit: „Sekundäre Syphilis“, H. schaut sich den Mann von der Ferne an und sagt: „Das ist doch eine Scabies... da sieht man doch keinen Primäraffekt.“

Ein notorischer Epileptiker, der fast täglich Anfälle hatte, erhielt vom Abteilungsarzt die Diagnose: Cerebrospinale Syphilis. Die Klassifizierung war: „zu jedem Dienste untauglich, wegen gehäufter Anfälle Berufsfähigkeit stark vermindert.“ H. will dieses Zeugnis nicht gelten lassen, weil der Mann doch so kräftig wäre. Der Facharzt erklärte daß es sich hier um eine leuchtige Dinerkrankung handle. Darauf antwortet H.: „Syphilis ist keine kriegsdienst-hindernde Krankheit... die Leute darf man gar nicht schonen... geben Sie ihm doch paar Gramm

Der Geheimprozeß Halbhuber. Enthüllungen über ärztliche Verbrechen im Weltkrieg.

II.

Das Kriegsgericht nahm auf Grund der Angaben von etwa 25 Militär- und Zivilärzten und eisiger Offiziere und Mannschafspersonen unter anderem als erwiesen an:

Oberkassarzt Dr. Franz Halbhuber erklärt viele vom medizinischen Standpunkt als schwer krank zu bezeichnende Mannschafspersonen und Offiziere als kriegsdiensttauglich; auf Grund der Anknüpfung mit dem Phosphorstickstoff über die Akteure und selbst nur mit einem Strohhalm stellt er Qualifikationen fest oder nimmt Änderungen von Befunden und Gutachten vor; vertuscht Syphilis mit Blattern; bezeichnet Jütterer und Stotterer durchweg als Simulanten, anerkennt Herschler nur als Herzneurosen; bringt durch rüdes Verhalten Mannschafspersonen und Offiziere zum Weinen, bezeichnet sie als Simulanten und droht ihnen mit Strafanzeige. Solche Prämissen sind schwerwiegend genug, einem Psychiater Zweifel an dem normalen Geisteszustand eines solchen Spitalkommandanten auszulösen, was das Kriegsgericht als erwiesen angenommen hat.

Das „Prager Tagblatt“, skrupellos in der Verwechslung des l. u. l. Militarismus, veröffentlichte am 5. November 1916 folgende Notiz:

Oberkassarzt Dr. Franz Halbhuber, der Kommandant des Garnisonospitals Nr. 11 auf dem Karlsplatz, wurde mit dem November-Avonement zum Oberkassarzt 1. Klasse befördert. Oberkassarzt Halbhuber erfreut sich nicht nur in militärärztlichen Kreisen, sondern auch bei dem Prager Offizierskorps und der ganzen ihm unterstellten Mannschaft der größten Beliebtheit. Nach dem Belohnen seiner Beförderung fanden sich gestern in seinem Bureau im Garnisonspital die ihm unterstellten Ärzte, sowie zahlreiche Militärärzte der Prager Garnison zur Begrüßung ein und auch die Mannschaft entsetzte Abordnungen, die dem beliebten Chef unter Ueberreichung von Blumensträußen ihre Glückwünsche darbrachten. Da Oberkassarzt Halbhuber auch in Zivilkreisen sehr geschätzt ist, werden ihm wohl auch von da aus zahlreiche Sympathiebekundungen zugehen.

Mit dieser Gegenüberstellung sei für den einseitigen Fall Halbhuber die deutschbürgerliche Presse abgeurteilt, die sich in der Zeit des Weltkrieges mehr noch als je prostituierte, indem sie, wie die zitierte Notiz des „Prager Tagblatt“ beweist, auch für Verbrecher, Söldner und geistig und seelisch Defekte Reklame machte, wenn sie nur „des Kaisers Rod“ trugen. Welchen Anspruch auf „Sympathiebekundungen“ der „beliebte“ und „geschätzte“ Halbhuber hatte, der in Wahrheit und mit Recht der bestgeschätzte Mann Prags war, soll mehr noch als aus dem schon Gelegenen aus dem Folgenden bewiesen werden.

Die Eingabe Prof. Strüßlers an das Militärkommando.

Am 6. Dezember 1916 richtete Prof. Dr. Ernst Strüßler, Oberkassarzt, eine Eingabe folgenden Inhaltes an das l. u. l. Militärkommando in Prag:

„Nach reiflicher Ueberlegung und im vollen Bewußtsein der Tragweite meines Schrittes und der schweren Verantwortung, welche ich auf mich nehme, erlaube ich folgende Meldung, zu welcher ich mich als Offizier und Arzt, insbesondere aber als vom l. u. l. Kriegsministerium bestellter Fachpsychiater der Garnison Prag im Interesse des Allerhöchsten Dienstes, des militärischen und militärärztlichen Ansehens verpflichtet fühle:

Schon wenige Tage, nachdem der Herr Oberkassarzt Dr. Franz Halbhuber die Stelle des Kommandanten des Garnisonospitals Nr. 11 in Prag angetreten hatte, drängten sich mir im Verkehr mit ihm Beobachtungen auf, welche mich an seinem normalen geistigen Zustande zweifeln ließen. Diese Zweifel verdichteten sich mir allmählich zu der vollen Ueberzeugung, daß der Herr Oberkassarzt Dr. Halbhuber einen die intellektuelle Sphäre betreffenden Defektzustand bietet, welcher, ohne systematische Untersuchung, zu welcher ich selbstverständlich keine Gelegenheit hatte, vom sachärztlichen Standpunkte vorderhand als eine, im Hinblick auf seinen Bildungsstand und seine Stellung, hochgradige geistige Schwäche zu bezeichnen ist.

Ich verfüge über ein umfangreiches Beobachtungsmaterial, welches mich in die Lage versetzt, die-

ses Urteil in einem wissenschaftlichen Gutachten eingehend zu begründen.

Hier können nur die wesentlichen Züge seiner pathologischen Geistesbeschaffenheit in aller Kürze aufgezählt werden.

Auf allen medizinischen Gebieten stehen seine Kenntnisse auf einer so niedrigen Stufe, seine Auffassung im allgemeinen ist derart mangelhaft, seine medizinischen Anschauungen aber von einer so verblüffenden Versäubertheit, daß er auch für einfache medizinische Fragen nicht das allernotwendigste Verständnis aufbringt und den Krankheitsfällen die allerverlehteste Beurteilung angedeihen läßt.

Diese Mängel seines Intellekts sind für den ärztlichen Dienst im Spital umso verhängnisvoller, als er in einer, für viele Formen geistiger Schwäche typischen, höchst kritiklosen Selbstüberhebung, die Arbeit der Spezialärzte mißachtend, deren Befunden und Diagnosen, ohne jedes Verständnis und unter Mißachtung der primitivsten Forderungen der medizinischen Diagnostik, widerspricht und auf die Ärzte, in vollkommener Verkennung der ihm nach der Vorschrift zustehenden Rechte, den Zwang ausübt, ihre Gutachten nach seiner, in den allermeisten Fällen vollständig falschen Auffassung zu ändern.

Alle diese Umstände beweisen seine Urteilschwäche und zeigen gleichzeitig, wie sehr es ihm an einem ärztlichen Gewissen gebricht. Für seine Urteilschwäche können noch viele andere Belege beigebracht werden. Für seine Defektivität in der Sphäre des feineren ethischen Gefühllebens liegen ebenfalls noch andere einwandfreie Fakten vor.

Es entspricht dem Wesen der Urteilslosigkeit, wenn er allen Versuchen einer Aufklärung harmnädige Ablehnung und vollständige Unbelehrbarkeit entgegensetzt, so daß eine Korrektur seiner falschen Ansichten ausgeschlossen bleibt.

In der schiefen Deutung und verkehrten Anwendung von Vorschriften und Erlässen tritt seine höchst mangelhafte Auffassungsfähigkeit zutage. Aus verschiedenen Vorfällen ist auf eine pathologische Gedächtnisschwäche zu schließen.

Aus der Schwäche und Versäubertheit seines Ur-

Jodkali und er ist gesund." H. blieb bei der Ansicht, daß der Mann, der beinahe täglich mindestens einen Anfall hatte, bilgerlich erwerbsfähig und mit E. zu klassifizieren sei. — Der Mann wurde von der Supp. Komm. als zu keinem Dienste tauglich klassifiziert.

Ein Koffer liegt mit Vandalenhand nach Operation einer eitrigen Peritonsillitis eines Tages mit dem behandelnden Arzte er möchte den Patienten doch am Bauch liegen lassen, damit der Eiter besser abfließen könne.

Eines Tages schickt H. einen Soldaten mit einer Ordre zum allgemeinen Krankenhaus zur Untersuchung und Mitteilung, ob es sich bei ihm um Blattern handle. Es war ein Fall von suppurativem Ausschlag. — Ein Garnisons-Chirurg schickt also einen Fall, bei dem er Verdacht auf Blattern hat, ohne Vorkehrungsmaßnahmen in die Ambulanz einer Militär. Ein Kommentar hierzu ist überflüssig.

Diese Eingaben und Gutachten zweier so bedeutender Psychiater hatten nun nicht etwa den Erfolg, daß Halbbücher befreit und wenigstens seines Postens enthoben wurde — er blieb vielmehr bis zum Ende des Weltkrieges Kommandant des Garnisonsspitals — sondern Dr. Stränker und Dr. Fischer wurden in Disziplinaruntersuchung gezogen und gegen jenen wurde sogar die Anklage wegen des „Verbrechens“ der Ehrenbeleidigung erhoben, nachdem er strafweise nach Miskolcz verlegt worden war. Bis zur Hauptverhandlung vor dem Kriegsgerichtshof vergingen ein und einhalb Jahre. Was das Vorverfahren und die Verhandlung zutage förderten, davon soll in weiteren Artikeln die Rede sein.

(Fortsetzung folgt.)

Ausland.

Venes in Warschau. Die Gerüchte, daß Dr. Venes zu wichtigen Unterhandlungen nach Warschau fahren wird, erhalten sich hartnäckig in der deutschen Presse. Man bringt diesen Besuch in Zusammenhang mit der Reise der französischen Generale Foch und La Rond, von denen der Erstgenannte Anfangs Mai in Wolens Hauptstadt erwartet wird, der andere schon jetzt einige Wochen hier weil. Es soll sich um eine Ausgestaltung der französisch-polnischen Militärrückversicherung und um deren Ausdehnung auf die Tschechoslowakei handeln, das Basalverhältnis der kleinen Entente zu Frankreich soll also verfestigt werden. Die Kombination ist für unsere Wirtschaft und militärischen Verpflichtungen bedrohlich genug, um vom Außenministerium Aufklärung über die Stichhaltigkeit der Gerüchte zu verlangen. Denn gerade jetzt, wo sich der Ruhrkonflikt zum Biegen oder Brechen zuspitzt, könnte uns eine Militärentscheidung mit Frankreich leicht in kriegerische Situationen bringen, eine Möglichkeit, die wir mit Leidenschaft ablehnen. Die frommen Wünsche des Herrn Dr. Venes für „Deutschlands Ohnmacht“ freilich, die wir in der Sonntagsnummer entsprechend tiefer gehängt haben, lassen befürchten, daß wirklich etwas im Dunkel gebraut wird, und deshalb verlangen wir desto entschiedener Klarheit.

Der Kongress der ungarischen Oppositionsparteien, der auf den 29. März nach Munkacs einberufen ist, kann als Fortsetzung des Kongresses der karpathorussischen Parteien betrachtet werden. Der ursprüngliche karpathorussische Kongress war als Kongress aller Autonomisten gedacht und es wurde erst später, auf Drängen der slavischen Elemente, die Abhaltung zweier Kongresse beschlossen. Die Resolution des zweiten Kongresses ist mit der ersten identisch.

Die Interparlamentarische Union und der Rinderheitsklub. Am 6. und 7. d. M. tagte im Vasser Stadthaus die Kommission für völkische und koloniale Fragen unter dem Vorsitz des Präsidenten Baron Theodor Adelswärd (Schweden). Es waren erschienen: Apponyi (Ungarn), Berberg (Dänemark), Buzel (Polen), Heile (Deutschland), Moloff (Bulgarien), Uhlir (Tschechoslowakei), Usteri (Schweiz); als Minderheitenvertreter: Medinger (deutsche Minderheit, Tschechoslowakei) und Wilfran (Christlicher Slawen); als Vertreter des Bureau: Lange und Beißler. Am ersten Tage wurde ein für alle Völker — also auch für Staaten, die noch keinen Minderheitsklubvertrag unterzeichnet haben — vorzuschlagendes Minderheitenrecht redigiert. Der Vorschlag hält sich im allgemeinen an die in den Friedensverträgen niedergelegten Bestimmungen, enthält aber mehrere wertvolle Verbesserungen. Hieran wurde der Vorschlag des Schweizer Bundesrates Usteri auf Schaffung von paritätischen Einigungs-Kommissionen in den betreffenden Ländern selbst verhandelt und mit allen Stimmen gegen den Protest des tschechoslowakischen Vertreters angenommen. Am zweiten Tage wurde der Vorschlag Baron Adelswärd auf Errichtung einer dreigliedrigen permanenten Kommission für Minderheitenfragen beim Völkerbunde angenommen. Nur die Vertreter der Tschechoslowakei (Dr. Uhlir) und Polens (Dr. Buzel) stellten sich bei der Abstimmung ablehnend und ließen Vorbehalte protokollieren. Der Vorschlag Dr. Medingers betreffend die Capitulierung einer kulturellen Autonomie für Minderheiten, die einen besonders starken Anteil der Bevölkerung ausmachen oder in geschlossenen Siedlungen wohnen, wurde von dem Antragsteller zurückgezogen, weil sich verschiedene Kommissionsmitglieder trotz ihrer prinzipiellen Zustimmung für eine Vertagung aussprachen.

Vor Ententeberatungen über die Reparationen.

Paris, 8. April. (Havas.) Die Pariser Blätter besaßen sich mit der Reparationsfrage, in welcher dem „Matin“ zufolge erste Hoffnung auf eine baldige Annäherung Englands, Frankreichs und Belgiens besteht. Der Meinungsaustausch der vier interessierten alliierten Mächte könnte schon zu Beginn der nächsten Woche mit Aussicht auf Erfolg vorbereitet werden. Die Formel, welche gegenwärtig studiert wird, würde bezüglich Frankreichs dahin abzielen, die Reparationen zu erlangen, und bezüglich Großbritanniens die Notwendigkeit beinhalten, aus Deutschland die zur Tilgung seiner Schulden an die Vereinigten Staaten erforderlichen Annuitäten zu erlangen. Wie das Blatt mitteilt, stehen diese Besprechungen in keinem Zusammenhang mit den jüngsten Versuchen Deutschlands auf Einleitung von Verhandlungen. Falls Deutschland annehmbare Vorschläge machen wird, werden sie nur nach dem Zustandekommen einer einheitlich interalliierten Front geprüft werden. Bei

den wird bei den bevorstehenden Verhandlungen eine Hauptrolle spielen und Poincare wird Theunis und Jaspard einladen, ebenfalls nach Paris zur Fortsetzung der Reparationskonferenzen zu kommen. Gleichzeitig werden die belgischen Minister über die Details der Reise Loucheurs nach England informiert werden. „Petit Parisien“ und „Journal“ bringen analoge Berichte, wie der „Matin“. Das „Journal“ fügt hinzu, daß bei der herzlichen Unterredung des Präsidenten der Republik Millerand mit Loucheur vollkommene Einvernehmen geherrscht hat, durch welches bestätigt wird, daß der ehemalige französische Minister in London nichts gesagt habe, was Deutschland eine unverdientliche Nachgiebigkeit erhoffen ließe. „Petit Parisien“ stellt fest, daß der Standpunkt Frankreichs sich nicht geändert hat. Frankreich will seine Forderungen gegen Deutschland durchsetzen und niemand in Frankreich denkt daran, den Druck im Ruhrgebiete zu lockern.

Gegen die französische Gewaltpolitik.

Protest des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Tschechoslowakei gegen die unmögliche Reparationspolitik Frankreichs und gegen die Vorfälle in Essen.

Reichenberg, 9. April. (Eigenbericht.) Der Deutsche Gewerkschaftsbund sandte an den Ministerpräsidenten Frankreichs, Poincare, folgendes Telegramm:

Herrn Ministerpräsident Frankreichs, Poincare, Paris!

Die wirtschaftliche und politische Lage der Arbeiterklasse Deutschlands wird durch die Folgen der Ruhrbesetzung täglich entschlicher und hoffnungsloser. Weder der völkerrechtswidrige Einbruch noch die dauernde militärische Bedrückung führen zu einer gerechten Lösung des Reparationsproblems. Dagegen dringen angeichts der verabscheuungswürdigen Ereignisse in Essen neuerlich die verzwiefelten Hilferufe der deutschen Arbeiterschaft an die Arbeitsgenossen aller Länder. Durch die Besetzung der Werke in Essen, verbunden mit Todesopfern der dortigen Ar-

beiterchaft, wird die Behinderung der Freiheit der Arbeiter, die unmögliche Reparationspolitik auf die Spitze getrieben. Der Deutsche Gewerkschaftsbund in der Tschechoslowakei als Vertreter der deutschen gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten des Landes protestiert, erfüllt von Abscheu gegen die fortgesetzte Gewaltpolitik, insbesondere gegen die Ueberfälle französischer Militärs auf friedliche Arbeiter in den Kruppwerken in Essen. Wir appellieren an die französische Regierung, diesem dem internationalen Rechte und der Zivilisation zuwiderlaufenden Treiben der französischen Truppen ein Ende zu machen.

Deutscher Gewerkschaftsbund in der Tschechoslowakei: Roscher, Macoun.

Bekämpfung der rheinischen Sozialdemokraten.

Zeithalten am passiven Widerstand. Berlin, 9. April. (Eigenbericht.) Die Köln meldet, nahm dort eine gestern abgehaltene Konferenz der sozialdemokratischen Funktionäre aus den Kreisen Köln, Aachen, Koblenz, Trier und dem Saargebiete nach einem Referat des Reichstagsabgeordneten Zollmann eine Entschliessung an, wonach die rheinländische Sozialdemokratie erklärt, daß sie an dem passiven Widerstand festhält, bis Frankreich zum Verständigungsfrieden bereit ist, der Deutschland nur im Rahmen seiner Leistungsfähigkeit verpflichtet. Zum Schluß verwahrt sich die rheinische Sozialdemokratie gegen die Errichtung einer westdeutschen Rheinrepublik.

Die deutschen Sozialdemokraten für Verhandlungen.

Gegen die Abtrennung des Rheinlandes. Berlin, 9. April. (Eigenbericht.) Es läßt sich nicht leugnen, daß die Reise Loucheurs eine bedeutende Annäherung Frankreichs und Englands herbeigeführt hat. Besonders in der Frage der Sicherheiten hat sich Frankreich fast gänzlich der englischen Auffassung angeschlossen. Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ bekennt dazu, daß die deutsche Regierung kein Recht mehr habe, in der politischen Passivität zu verharrern, wenn auch noch Gegenstände in der Auffassung bestehen. Es handelt sich vor allem um die Einschätzung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands. Man dürfe nicht verkennen, daß Deutschland jetzt weniger als je 50 Milliarden zahlen könne. Dagegen könnte Deutschland Sicherheiten für die Entmilitarisierung des Ruhrgebietes gewähren. Dies könne auch aus innerpolitischen Gründen nur empfohlen werden. Eine Verantwortung sozialdemokratischer Funktionäre der Kreise Koblenz, Trier, Köln und Saargebiet, die Samstag in Köln stattfand, sprach sich ebenfalls gegen Abtrennung des Rheinlandes aus, forderte aber von der Regierung, jede sich bietende Möglichkeit zu Verhandlungen zu ergreifen.

Entrenchung der deutschen Gerichte.

Paris, 8. April. (Havas) berichtet aus Koblenz: Die interalliierte Rheinlandskommission hat ein Statut für das Personal der französisch-belgischen Regie angeordnet, um seinen Schutz sicherzustellen. Zu diesem Zweck wird das Personal behandelt wie Personen, die zum Besatzungsheer gehören. Andere Staatsangehörige, einschließlich der deutschen, die bei der Regie beschäftigt werden, würden ebenfalls als Personen betrachtet, die dem alliierten Heere angehören. Sie unterstehen also der Gerichtsbarkeit, die die Ordonanzen der Rheinlandskommission festgelegt hätten. Jede Person, die im Dienste der Eisenbahnregie stehe, sei also von jetzt berechtigt, selbst bei Laten, die nichts mit dem Dienste zu tun hätten, zu verlangen, daß sie der Kompetenz der deutschen Gerichte entzogen würde.

Schwenkung der Kommunisten gegen Frankreich.

Bochum, 9. April. (Wolff.) Das in Sachsen erscheinende kommunistische Blatt „Ruhrschlo“ hat einen Aufruf der kommunistischen Partei des gesamten Ruhrgebietes veröffentlicht, in dem der Proletariermord in Essen als das Werk des französischen Imperialismus dargestellt wird. Der Aufruf proklamiert für die Angehörigen der kommunistischen Partei des Ruhrgebietes einen 24-stündigen Proteststreik, der am Tage der Befreiung der ermordeten Krupparbeiter stattfinden und sich als geschlossene Bewegung über das ganze Ruhrgebiet erstrecken soll.

Ein entdecktes kommunistisches Komplott?

Preßburg, 9. April. (Amtlicher Bericht.) Im März wurde festgestellt, daß die Kommunisten in Deutschland in das dortige Militärwaffenlager einbrechen wollten. Bei der Untersuchung wurde festgestellt, daß der Gausekretär der kommunistischen Organisation Hugo Weizenhofer in Deutschland die Angehörigen der kommunistischen Partei bereits im Februar aufgefordert hat, sich auf einen Angriff gegen die Bourgeoisie vorzubereiten. Jeder möge sich Waffen verschaffen. Weiters gab er Winke, daß man sich zuerst der Gendarmerie, der Kasernen, der öffentlichen Gebäude, insbesondere der Posten und Telegraphen bemächtigen müsse. Ueber den Einbruch in das Waffenlager verständigten sich der Soldat Simon Stefan, weiters Michael Petal und Peter Jöcker. Zum Zwecke des Durchfahrens des Bitters bei dem Lager sollten sie sich an Josef Labanek aus Zips-Neudorf wenden, der der Obmann des dortigen F. D. T. ist. Weiters wurde festgestellt, daß Stefan Jancsko die kommunistische Jugend im Gebrauch der Waffen unterrichtete und daß einige Mitglieder der kommunistischen Partei Waffen haben, darunter auch Johann Poludnak, Schlosser in Leutschau. Auf grund der durchgeführten Untersuchung wurden verhaftet: Hugo Weizenhofer, Stefan Jancsko, Johann Poludnak, Peter Jöcker, Michael Petal. Sie wurden der Staatsanwaltschaft in Leutschau überstellt. Verrohrs der Militärpersonen, hauptsächlich des Soldaten Simon Stefan hat das Garnisonkommando die entsprechenden Maßnahmen getroffen. Die Untersuchung wird fortgesetzt.

Tages-Neuigkeiten.

Der Peitschenhieb. Im Kabarett einer kleinen Stadt; denn auch die kleinen Städte unterliegen dem starken Einfluß des regierenden Zeitgeistes und sie müssen Stätten haben, wo sich der „milde“, „arbeitgeheute“ Bourgeois erholen kann, da man doch nicht jeden Sonntag über die Grenze flüchten kann. Und dann ist ja „drüben“ auch nichts mehr los, man kauft schon beinahe teurer als bei uns. Also bleibt man im Lande und unterhält sich im Kabarett der Vaterstadt. Der Raum soll „intim“ wirken; darum die Tapeten, also wären sie mit Paradeisäpfeln überhäuft. Buntparabige Schirme zerstreuen das Licht der elektrischen Lampen. Nur die Bühne ist hell, weil die „Auge“ des Lichtes nicht genug haben kann und die Besucher für ihr Geld doch viel sehen wollen, alles sehen möchten.

Die „Conferencieuse“ begrüßt und gibt die Reihenfolge der Vorträge bekannt. Zunächst ein junges geistes Ding. Das Mädel tanzt einen Czardas, einen Theaterczardas. Dann kommt, eigens aus einem exotischen Lande an die „hiefige Bühne“, „anlasiert“ — so erläutert die „Conferencieuse“ — ein Tanzpaar, das zunächst einen Modertanz zeigt, dann aber einen danse a la „Apasch“, den Apaschertanz zeigt. Nicht an den Indianerstamm der Apaschen darf man denken, es ist der sogenannte „Tanz“ jener Deklassierten, die zumest die Schmutz- und Elend- und Verbrecherviertel der modernen Häuserfümpfe, die man Großstädte nennt, bevölkern. Roh, gierig, groß sinnlich ist der Tanz, aber der Beifall, der bisher nur schwach gewesen, wird lauter. Akrobaten, Jongleure — ach, das hat man „drüben“ denn doch besser gesehen, kaum rühren sich wenige Hände.

Die Augen der jungen Künstler, die fast noch Kinder sind, werden so groß, aus dem Blick bricht Angst, Furcht. — Da erscheint die Conferencieuse wiederum und stellt eine Uebung an, sie lehrt die Zuschauer klatschen und erklärt, wie der Beifall das „Brot“ der Künstler ist. Dann gewinnt jenes eufische Schauen von vorhin Gestalt. Jene Künstler wissen, wisse: Nun kommt eine Zeit ohne Engagement, der Schrecken der Arbeitslosigkeit, Entbehren, Hunger und — die Preisgabe des jungen, elastischen Körpers — Prostitution! Und die Peitsche des Ausbeuters wird niederlaufen, wird die Haut aufreißen, Blut wird rinnen — aber die Zuschauer greifen gelangweilt nach ihren Gläsern: „D, das ist doch sad, langweilig!“ Und die Conferencieuse tritt selbst auf, singt, tanzt, lacht. Aber es scheint, sie würde lieber weinen, weinen vor Schmerz und Ingrimm. Und sie trägt eine „Dichtung“ vor, eindeutig ist die gereimte Rede, eine schmutzige Fete. Da bricht der Beifall los, viehisch, gemein. Und die Conferencieuse kommt wieder, lächelt, wirft Kuhhäuten und spricht: — ob wohl die „Herrschaften“ den Spott und die Peitsche gefühlt haben? — „Es freut mich unendlich, daß ich endlich Ihren Geschmack getroffen habe.“

Der Reparationsvorschlag der internationalen Sozialistenkonferenz.

Berlin, 9. April. (Eigenbericht.) Ein Redakteur der „Ere nouvelle“ hat von Henriault einige Einzelheiten über den Reparationsvorschlag der internationalen Sozialistenkonferenz erfahren. Man wird vorschlagen: Aufgeben der militärischen Besetzung, Aufnahme von Anleihen für Deutschland, Ausgleich der interalliierten Schulden, Herabsetzung der Entschädigungssumme auf 20 Milliarden. Henriault erklärte, er hätte in Berlin den Eindruck gewonnen, daß die deutschen Industriellen zu Garantien bereit sind. Die Initiative zu Verhandlungen möchte am besten von Frankreich ausgehen.

Eine Brücke des Rhein-Herne-Kanals gesprengt.

Der Kanal entwässert. Duer, 9. April. (Wolff.) An der Stelle, wo der Rhein-Herne-Kanal bei Herneburg über die Emscher führt, wurde am Sonntag morgens gegen 5 Uhr von unbekannter Seite die Kanalbrücke gesprengt. Die Wassermassen des Kanals kürzten mit wildem Tosen in die Emscher. Mehrere Holzbrücken, die dem gewaltigen Wasserdruck nicht standhalten konnten, wurden weggeschwemmt. Der Herne-Hafen und weite Strecken des Kanals waren in wenigen Stunden fast wasserlos. Zahlreiche im Kanal befindliche Kohlenlähne sind umgekippt.

Ausweisungen von Eisenbahnern.

Köln, 9. April. (Wolff.) Die Gesamtzahl der bis Freitag den 6. April in das unbesetzte Gebiet ausgewiesenen Eisenbahnbeamten und Arbeiter des Eisenbahndirektionsbezirktes Köln betrug 64. Aus ihren Dienstwohnungen wurden 364 Eisenbahnerfamilien vertrieben. Von 185 Verhafteten wurden 12 vor ein Kriegsgericht gestellt und insgesamt zu 74 Monaten und 12 Tagen Gefängnis sowie zwei Millionen Mark Geldstrafe verurteilt.

Neue Befehlungen.

Berlin, 9. April. (Tsch. W.) Wie der „Lokalanzeiger“ meldet, haben die Franzosen am Sonntag die alte Emscher Talbahn, die von Dortmund nach Herne führt, besetzt und stillgelegt. Den Eisenbahnern wurde ein Ultimatum bis Montag gestellt, wo sie sich zu erklären haben, ob sie in den französischen Dienst treten wollen, widrigenfalls sie des Dienstes verwiesen würden und auch ihre Dienstwohnungen zu räumen hätten. Einer Dortmund Meldung des „Lokalanzeigers“ zufolge haben die Franzosen am Sonntag die Werke „Bonifazius“ der Essener Bergwerks-A.G. besetzt. Am Kolslager stellten sie Maschinengewehre auf mit der Schußrichtung auf die Kokserei. Daraufhin legte die Arbeiterschaft sofort die Arbeit nieder.

Tages-Neuigkeiten.

Entlassung der Arbeiter in den Schicht-Werken

Kleine Chronik.

Ein Anklurddokument. In der letzten Nummer des in Budweis erscheinenden „politischen Wochenblattes für den deutschen Handwerkerstand“, „Der Handwerker“, von dessen Leitung wir bisher verschont blieben, findet der Karlsbader „Volkswille“ einen Handwerkerbrief, in dem sich ein Bau- und Möbelschleifer aus Ludau bei Landskron mit der Schaffung der zwangsweisen Alters- und Invaliditätsversicherung beschäftigt. Der Handwerker aus Ludau zitiert in seinem Briefe die Rede des Landesparteiobmannes Hans Tsch, der erklärt hat, daß die bisher von den Arbeitern errungene Krankenversicherung bei den geringsten Schmerzen oder Unwohlsein mißbraucht wird. Nachdem der jamaose Briefschreiber noch sein Mädchen an dem ihm verhaßten Christ und Montag geküßt hat, beschäftigt er sich mit der Arbeitslosenunterstützung. Er sagt da, daß dem Anreger der Arbeitslosenunterstützung von den Empfängern die Hand geküßt werden sollte, daß der Anreger jedoch gern darauf verzichten würde.

... da diese Armen — die da unterstützt werden nach dieser Stunde schon tschenker als wie zuvor, betrunken, besudelt, schimpfend, singend auf den Straßen herumtramsen und sich teilweise im Straßengraben herumwälzen. Da es ihnen ja doch Freude macht, jede Woche sich auf Staatskosten betrinken zu dürfen. Und solchem Anflug kann niemand ein Ende machen? Können nicht solche Geister dem Steuerträger erspart bleiben?"

Und dann weiter: „Wer nicht arbeiten will, braucht auch nicht zu essen. Es gab ja vor dem Kriege auch keine Arbeitslosenunterstützung; alle hatten Arbeit, auch alle genug zu essen.“ Dann kommt dieser typische Vertreter der deutschen Unternehmerrunde endlich auf die Alters- und Invaliditätsversicherung zu sprechen und nachdem er — o wie weise — das Sprichwort: „Spare in der Zeit, so hast du in der Not“ angebracht hat, erklärt er:

„Wir dürfen uns daher niemals von den Anregern (Sozialdemokraten) zu einer zwangsweisen Alters- und Invaliditätsversicherung zwingen lassen. Der auf eine Versicherung gerade reflektiert, kann ja auch von umherreisenden Agenten der Lebensversicherung Gebrauch machen (!) und dorthin gehen, so viel er gerade übrig hat. — Demnach wachet auf, ihr Handwerker, ihr Volksgenossen, zum Zusammenschlusse, zu einer Einheitsfront gegen diese Alters- und Invaliditätsversicherung (!) Handwerker, behudelt jeden Schrupplorrenten, verfolgt jeden Falscher! Halbt zusammen zur Einheitsfront beim Probabbau und zum Kampfe gegen die hohen Steuern, und hütet euch vor dem roten Terror, der das Judenziel vervollständigen hilft.“

Nachdem der Schmierfink noch Begutachtungen von den geehrten, jedenfalls gleichgesinnten Lesern des „Handwerkers“ erwünscht hat, verbleibt er mit treudeutschem Grusse. Die Arbeiterschaft wird diese unglaubliche Frechheit, mit der dieser „Handwerker“ gegen die dringendsten sozialen Forderungen der Arbeiterschaft Sturm läuft, richtig zu würdigen wissen.

Stürmische Kommunistenversammlung in Paris. In einer von Gruppen unitarischer Syndikalisten und Kommunisten veranstalteten antimilitaristischen Versammlung gab, wie das Sababüro berichtet, ein Teilnehmer, erbittert darüber, daß dem Sekretär der kommunistischen Partei das Wort erteilt wurde, vier Schüsse aus einem Revolver ab, wiewohl man ihm die Waffe zu entreißen suchte. Nach Abgabe der Schüsse entstand eine heftige Auseinandersetzung unter den Manifestanten. Schließlich gingen sie aber in Ruhe auseinander, ohne daß die Polizei Anlaß hatte, einzuschreiten.

Der Kampf Americas gegen den Alkohol. Die Angestellte des Finanzministeriums, welche mit der Verfolgung der Kaufleute betraut sind, die auf schmutzige Weise alkoholische Getränke in die Vereinigten Staaten bringen, haben Samstag ein Schiff, welches die Rollblocke durchbrechen wollte, versenkt. Es ist nicht bekannt, wieviel Personen hierbei ums Leben gekommen sind. Fischer fanden bisher neun Ertrunkene und eine Menge von auf den Wellen schwimmenden Ästen mit Flaschen-Bier. So sehr man den Kampf gegen den Massenmörder Alkohol anerkennen muß, darf er doch nicht Formen annehmen, die selbst wieder zum Mörde führen.

Eine schwere Niederlage der Salenkreuzer. Aus Teplitz wird uns gemeldet: In Niederösterreich bei Brax erlitten die Nationalsozialisten Sonntag, den 8. d. eine Niederlage, wie sie in ihrer an Mißgeschick reichen Geschichte nicht viele erlitten haben dürften. In der Versammlung, in der Sekretär Krebs anstelle des angefügigten Abgeordneten Knirsch Anführer werden sollte, hatten sich nur ungefähr 25 Salenkreuzer eingefunden, die überwiegende Mehrheit bestand aus sozialdemokratischen Arbeitern und Jugendlichen. Herr Krebs sollte den Versammlungsteilnehmern erzählen, wie „die politische und wirtschaftliche Lage“ in diesem Staate beschaffen sei. Aber nach Vorbringung einiger statistischen Materials, das in der Versammlung natürlich niemand überprüfen konnte, ging Krebs zum Ableiern der üblichen Phrasen über; der Rufkonflikt, die Bedrängung der Deutschen durch Frankreich, die schlechte Lage der Wirtschaft in der Tschechoslowakei, die Wirtschaftskrise, die Friedensverträge, der Weltkrieg, alles sei darauf zurückzuführen, daß das jüdische Bankkapital in America dadurch dem internationalen Judentum die Weltherrschaft sichern wolle.

Aussig, 9. April. (Eigenbericht.) Nachdem, wie bereits gemeldet, Samstag eine Vereinbarung zwischen den Vertretern der Arbeiter und der Unternehmer zustande gekommen war, wurde diese Vereinbarung einer Betriebsversammlung der Solbawerke unterbreitet. Die Versammlung lehnte mit allen gegen drei Stimmen diese Vereinbarung ab, so daß die Arbeit Montag nicht aufgenommen wurde. Trotzdem hatten die Schichtwerke ihren Betriebsausschüssen gegenüber erklärt, die auf Montag erfolgte Kündigung zurückziehen. Die Arbeiterschaft nahm am Montag früh zu der gegebenen Situation Stellung. Nach längerer Debatte wurde mit dreiviertel Majorität beschlossen, die Arbeit nachmittags um ein Uhr anzunehmen, und bis Mittwoch zuzuwarten, ob unterdessen eine Sicherung des Vertragsabschlusses gegeben würde. Nachmittags erhielt indessen der Betriebsausschuß der Schichtwerke von der Firma eine neue Verkaufsabmachung, in der darauf hingewiesen wird, daß die Arbeiterschaft Montag früh die Arbeit nicht angeht und sich somit nicht an die getroffenen Vereinbarungen gehalten habe. Ebenso verharre die Arbeiterschaft der Solbawerke im Streik und hindere hierdurch, die Werke der Firma Schicht mit Soda zu beliefern. Aus diesen Gründen sehe sich die Firma gezwungen, die gesamte Arbeiterschaft zum 11. d. s. sechs Uhr früh zu kündigen. In diesem Tage ruht somit der Betrieb in sämtlichen Abteilungen.

Die Arbeiterschaft wird nun bis Mittwoch in der Arbeit verharren und sodann dem Diktat der Unternehmer gemäß die Arbeit verlassen.

In der großen Chemischen kam es Montag vormittag ebenfalls zu einem spontanen Ausstand der Arbeiter. Es wurde den ganzen Tag über über die Frage des Ausstands verhandelt und dann beschlossen, die Arbeit Dienstag früh anzunehmen und im Betrieb eine Abstimmung vorzunehmen, ob die Verlegung in den Streik eintritt oder nicht.

Der Verband der chemischen Arbeiter hatte unter Mitwirkung der politischen Bezirksverwaltung versucht, mit den Unternehmern eine neue Verhandlungsbasis zu finden. Die Unternehmer lehnten jedoch jede Verhandlung ab, solange die Arbeit bei den Solbawerken nicht wieder aufgenommen wird. Dienstag werden die Vertreter der Arbeiter beim Ministerium für soziale Fürsorge in Prag intervenieren, um den Versuch zu machen, die Frage der Reindierung in einem günstigen Sinne zu lösen.



Der internationale Sozialismus hätte dazu mitgeholfen und hätte nach dem Umsturz deshalb keine Sozialisierung durchgeführt, weil auch da die Juden am Werke gewesen seien. Schon die stürmischen Zwischenrufe der Arbeiter während seiner Rede belehrten Herrn Krebs, daß sie für den Plunder, den er ihnen vorzulesen versuchte, danken. Nach ihm sprach Genosse Schmidt aus Teplitz, der sehr energisch die Niederträchtigkeit und Väterlichkeit der Salenkreuzer geißelte und zeigte, daß die Ursache der Wirtschaftskrise die Zerstörung der Wirtschaftslage durch den Krieg ist, an dem die Gelben rechtlichen Anteil hatten. Er ging dann auf Einzelheiten der Rede des Herrn Krebs ein, dessen Behauptungen er unter dem stürmischen Beifall der Arbeiter widerlegte. Als er erklärte, daß die Salenkreuzer es mit dem Nationalismus auch nicht so genau nehmen und anlässlich des Studentenstreiks sich den Tschechen angelehnt hätten, rief Krebs, daß man gegen Juden und Sozialdemokraten auch mit den Tschechen zusammengehen müsse. Genosse Schmidt nahm diese Offenherzigkeit erfreut zur Kenntnis. Er erklärte schließlich, daß jeder Versuch, bayerische Reichshoden hier einzuführen, am Widerstand der Arbeiter scheitern werde. Es sprachen dann noch die Genossen Komma und Wenzel aus Brax; die Versammlung nahm schließlich eine Resolution an, in der erklärt wird, daß die in ihrer Mehrheit aus Sozialdemokraten bestehende Versammlung die Politik der Salenkreuzer aufs entschiedenste ablehnt und treu zur Partei stehen und für den Sozialismus wirken will. So endete die Versammlung, die sich die Gelben sicher als Einleitung eines Eroberungsfeldzuges durch das Erzgebirge gedacht hatten.

Unbegründeter Verdacht monarchistischer Propaganda. Das Tschechische Preßbüro teilt mit: Seinerzeit waren in den Blättern Meldungen über monarchistische Propagandatätigkeit des Kapitän des leichten Artillerieregiments Nr. 8 in Troppau, Leopold Ragner, veröffentlicht. Gegen Kapitän Ragner wurde eine vorläufige Strafuntersuchung wegen Verdachtes des Verbrechens nach Paragraph 334 des Mil.-Strafges. durchgeführt. Im Hinblick auf das vollkommen negative Ergebnis der Strafuntersuchung wurde jedoch das Strafverfahren gegen Kapitän Ragner durch die Militärprokuratur in Olmütz eingestellt.

Ein unduldsamer Wasse. Die Gemeindevertretung in Botenwald verhandelte vor kurzer Zeit über die Errichtung und Eröffnung des Gemeindefriedhofes, der bereits das Öffentlichkeitsrecht erhalten hat. Die in der Gemeindefestversammlung vertretenen Parteien konnten sich nun darüber nicht einigen, ob der Gemeindefriedhof überhaupt und dann nach römisch-katholischem Ritus eingeweiht werden soll. Schließlich beschloß die Gemeindevertretung, den Friedhof unter der Bedingung einzuweihen zu lassen, daß er Eigentum der Gemeinde bleibt und die Beerdigung nach der behördlich genehmigten Friedhofsordnung von der Gemeinde durchgeführt wird. Das schließt selbstverständlich nicht aus, daß auch Andersgläubige und Konfessionslose, die in der Gemeinde wohnen und Gemeindeglieder sind, auf dem Friedhof beerdigt werden dürfen. Diese Entscheidung der Gemeindevertretung paßt jedoch dem den kranken Pfarrer von Botenwald vertretenden Kooperator Ferdinand Pur nicht und er wandte sich an die Erzdiözese Olmütz mit der Anfrage, wie er sich in diesem Präjudizfalle zu verhalten habe. Die Erzdiözese empfahl dem Pfarrer, mit Rücksicht auf die bestehenden Verhältnisse in der Gemeinde von einer allgemeinen Weihe Abstand zu nehmen und jedes einzelne Grab, wenn ein Katholik beigelegt werden soll, selbst einzunweihen. Der Herr Kooperator gab sich mit dieser Entscheidung der Erzdiözese jedoch nicht zufrieden und da er bisher immer gewohnt war, von der Kanzel herab politische Propaganda zu betreiben, so ließ er es sich auch nicht nehmen, bei einer am Samstag abgehaltenen

Versuche mit einem „Baby“-Aeroplan. Aus London wird vom 8. April gemeldet: Der sogenannte „Baby“-Aeroplan, welcher einen Motor von nur 25 PS besitzt, unternahm gestern nachmittags seinen ersten Flug. Er erreichte eine Höhe von 300 Fuß und flog einhalb Meilen gegen einen Wind, der eine Geschwindigkeit von 20 Meilen in der Stunde hatte. Der Aeroplan erreichte eine Geschwindigkeit von 41 Meilen in der Stunde, ohne daß die volle Kraft des Motors ausgenutzt worden wäre.

Die Pest in Indien. Im größeren Teile der indischen Provinzen wütet die Pest, welche in der letzten Märzwoche 8000 Opfer gefordert hat.

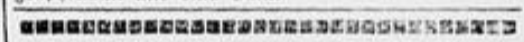
Die Welter-Hütte durch eine Lawine zerstört. Nach einer an den deutschen und österreichischen Alpenvereine gelangten Mitteilung ist die Welter-Hütte in der Friel-Gruppe (im Toten Gebirge an der oberösterreichisch-steirischen Grenze) einer Lawine zum Opfer gefallen. Die Hütte, die in einer Höhe von 1800 Metern stand, ist von mehreren Alpenvereinsmitgliedern in 500 freiwilligen Arbeitstagen erbaut worden. Trotz siebenfacher Verankerung ist die Hütte aus ihren Grundfesten gehoben, etwa 1000 Meter talwärts getragen und vollständig zertrümmert worden.

Einbruch in der Universität Halle. Aus dem Hygienischen Institut der Universität in Halle ist am Freitag Einbruch zehn Mikroskope im Werte von 15 Millionen Mark. Der Verbleib des Instituts ist dadurch schwer gefährdet. Auf die Wiederbeschaffung des fast unerlässlichen Diebstahles ist eine Belohnung von einer Million Mark ausgesetzt.

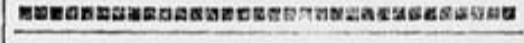
Die Folgen des französischen Schifferstreiks. Davos berichtet aus Le Havre, daß der Personendampfer „Franc“ wegen des ausgebrochenen Streikes abgerufen worden ist. 1250 Passagiere, die die Ankreise mit ihm antreten wollten, seien in einem Extrazug nach Paris zurückbefördert worden.

Brand einer Lohrer Textilfabrik. Nach einer Meldung aus Lohr vom 8. April entstand in der letzten Nacht ein riesenbrand in den Fabriklokalitäten der bekannten Textilfirma K. G. Scheibler. Die Feuerbrunst vernichtete zwei vierstöckige Fabrikgebäude. Der Schaden beträgt mehrere Millionen Mark.

Ein Städtchen Nord-Norwegens durch Brand zerstört. Nach den neuesten telegraphischen Meldungen aus Hemsberg, einer kleinen Stadt im nördlichen Norwegen, welches durch einen am Samstag zeitlich morgens ausgebrochenen Brand heimgesucht worden ist, wurden dort 118 Häuser vollständig vernichtet. Der Schaden wird auf etwa zwei Millionen norwegische Kronen geschätzt. Zum Glück ist bei dem Brande niemand ums Leben gekommen. Das norwegische Rote Kreuz eröffnete eine Samlung für die Obdachlosen. Unter den vom Brande vernichteten Gebäuden ist auch das Post- und Telegraphenamt und eine Bank.



Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.



Gerichtssaal.

Totschlag im Streite.

Prag, 9. April. Die Feuerwehr in Ober-Motropek veranstaltete am 11. Feber einen Massenanzug im Dorfe mit anschließendem Tanz im Gasthause des Anton Valoun. Bei der Tanzunterhaltung war am Abend auch der 24jährige Kaufherr Alois Vostarek aus Althütte anwesend und tanzte vornehmlich mit einer gewissen Anna Rozina. Gegen Mitternacht kam in die Tanzstube der bereits etwas angeheiterte Josef Kolarik und fing mit Vostarek, einem übrigens bereits verheirateten Manne, wegen des Mädchens einen Streit an, der in eine wilde Kauferei ausartete. Die beiden Kaufenden wurden von den Gasthausgästen auf den Hof hinausgeworfen. Kurz nach der Kauferei der beiden, die sie am Hof fortsetzten, sah das Dienstmädchen des Gastwirts, daß Vostarek dem Kolarik mit dem Fuße gegen den Kopf stieß und ihn am Boden herumzog. Die Gastwirtin selbst hielt um 1 Uhr nachts nochmals auf dem Hofe umhlang, sah aber Kolarik nicht mehr und glaubte, daß er nach Hause gegangen sei. Am nächsten Morgen fand ein Nachbar im Garten unterhalb des Wirtschaftsbauwes Kolarik als Leiche an. Der Kopf der Leiche wies furchtbare tödliche Verletzungen auf, neben der Leiche lag ein blutiger etwa zwei Meter langer Zaunspieß. Die sofort verständigte Gendarmerie eilte in die Wohnung des Vostarek und verhaftete ihn auf der Stelle, da an seinen Schuhen und Kleidern Blutspuren zu bemerken waren. Die Gendarmerie stellte dann weiter fest, daß Vostarek nach der Kauferei mit Kolarik wieder auf den Tanzboden zurückgekehrt war, und erst im Morgenrauen von seiner Frau aus dem Gasthause weggeholt wurde. Beim Kreuzverhöre in der Untersuchungsanstalt gestand Vostarek, daß er auf dem Hofe den Kolarik mit dem Fuße getreten habe und ihn auch einen Dief gegen die Nase verjagt hätte. Da Kolarik aus der Nase zu bluten begann, habe sich Vostarek ein Spieß an den Schuhen und Kleidern zugezogen. Später gestand Vostarek, daß er den Kolarik in den Gasthausgarten geschleift hätte und daß er dort, da ihn Kolarik zu Boden stieß, eine Zaunlatte abbrach und in Selbstwehr einige Schläge gegen den Kopf des Kolarik führte. Weiter habe er sich um Kolarik nicht gekümmert und sei ins Wirtschaftsbau zurückgekehrt. Auch vor den Geschworenen erklärte heute Vostarek, daß er nicht die Absicht gehabt habe, Kolarik zu töten, sondern daß er nur in Selbstwehr gehandelt hätte. Nebenbei sei er damals stark angetrunken gewesen. Vostarek war wegen Nordes angeklagt. Die Geschworenen behielten jedoch nur die Schuldfrage auf Totschlag. Das Urteil des Gerichtshofes, dem OGB, Zborzil vorsah, lautete auf vier Jahre schweren Kerfers.

Kirchenpredigt die Anwesenden aufzufordern, es nicht zuzulassen, daß der Friedhof nicht allgemein geweiht werde, denn die 3000 Christen von Botenwald hätten als Mehrheit in der Gemeinde das Recht darauf und die Minderheiten hätten sich zu fügen. In der Gemeinde hat dieses Auftreten des Herrn Kooperators bei allen freisinnigen Elementen große Erregung hervorgerufen und es ist bereits eine Aktion im Gange, die der Erzdiözese Olmütz nahelegen soll, dieses unduldsame Pföflein von seinem Posten ehestens abzurufen.

Ein elfjähriger Junge als Brandstifter. Auf dem Gute des Anton Utendorf in Sirafov im Kreise Deutsch-Brod brach am Freitag ein Brand aus, der 18 umliegende Dorfgebäude einäscherte. Der elfjährige Schüler Anton Pleva, der seit dem Brande verschwunden ist, steht im Verdachte, den Brand angezündet zu haben. Pleva war bei Utendorf als Hirte beschäftigt. Es wird nach ihm eifrig geforscht.

Schuhmachermeister und Betrüger. Dem Landesgericht in Prag wurde der 33jährige Schuhmachermeister Franz Strnad aus Prag-Rositz eingeliefert, da gegen ihn sein Kompagnon die Anzeige erstattete, er habe Waren um 250.000 K. die er in Kommission erhalten hatte, veruntrent.

Versuchte Brandlegung am Nürnberger „Stratwurstglocke“. Im Dachstuhl des weltbekannten Stratwurstglocke in Nürnberg legte am Sonntag nachmittags gegen 2 Uhr dessen Besitzer, der Gastwirt Bauer, Feuer und verübte darauf Selbstmord. Die sofort alarmierte Feuerwehr konnte die in Brand geratenen Bett- und Kleidungsstücke beseitigen, so daß ein nennenswerter Schaden an dem Gebäude nicht entstand. Bauer hatte in letzter Zeit Anzeichen von Geistesgekrtheit gezeigt.

Selbstmord eines armen Weisenmädchens. In der Nacht zum Samstag sprang die 24jährige Volkswaise Anna Winter aus Hermsdorf in den Teich neben dem Brauhause in Selberg und wurde Samstag vormittags von einem Geizer tot aus dem Wasser gezogen. Das Mädchen war seit ihrem achten Lebensjahre elternlos und hielt sich gegenwärtig bei ihrer Tante auf. Freitag abends soll sich durch einen Streit die nicht besonders beneidenswerte Lage des Mädchens so verschärft haben, daß das gesunde, junge und nicht unshöne Mädchen den Tod dem Weiterleben vorzog. Mittel hatte weder sie noch ihre Kostgeberin und der spärlische Verdienst, den ihr das Nähen einbrachte, reichte kaum zum Notwendigsten hin.

Zusammenstoß zwischen Eisenbahn und Automobil. Aus Mey meldet Savas: Auf der Straße Dillingen-Roden, und zwar an der Stelle, wo sie sich mit der Eisenbahnstrecke kreuzt, stieß ein Zug mit einem Automobil zusammen. Hierbei wurden sieben Automobilisten getötet.

Einbruch in die Jägerndorfer Bezirkskranken-kasse. In der Nacht zum Samstag sind bisher unbekannt Täter in die Kassenräume der Jägerndorfer Bezirkskranken-kasse eingedrungen, haben die Kassenrollen aufgeschnitten und aus der Kasse 36.333 K und 90.226 Mark gestohlen. Zwei Sparkassenbücher der Jägerndorfer Sparkasse, lautend auf ungefähr eine halbe Million Kronen, und einen in einem anderen Fach aufbewahrten keinen Geldebetrag ließen sie unberührt. Von den Eindringern fehlt bisher jede Spur.

Die gefährliche Unart des Aufspringens auf fahrende Elektrischen. Beim Aufspringen auf einen fahrenden Motorwagen auf der „Zontaška“ in Prag stürzte Sonntag nachmittags die Kontoristin Božena Kachout an Smidow so unglücklich, daß sie äußere und innere Verletzungen erlitt und auf die Klinik des Prof. Schloffer überführt werden mußte. — Der Klempnergehilfe Val. Kovotny aus Smidow erlitt gleichfalls Sonntag abends beim Aufspringen auf einen fahrenden Motorwagen in der Bahnhofstraße in Smidow einen Beinbruch. — Der Buchhalter Zilvan Schreuber aus Prag sprang vorgestern vormittags am Pošiv auf einen fahrenden Motorwagen und erlitt eine schwere Verletzung oberhalb des Fußgelenkes.

Genosse Zischka in Eger verurteilt.

Eger, 9. April. Das Kreisgericht in Eger hat vor einigen Wochen den Genossen Rudolf Zischka, Kreissekretär der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Eger, wegen Führung der öffentlichen Ruhe und Ordnung zu einer Arreststrafe von drei Tagen, bedingt auf ein Jahr, verurteilt. Der von der Staatsanwaltschaft erhobene Antrag laut folgender Sachverhalt zu Grunde: Genosse Zischka hat im September 1922 in Plan und in Tachau in den von der Partei einberufenen Demonstrationen über das Thema „Gegen Wirtschaftnot und Arbeitslosigkeit, für den Preisabbau“ gesprochen. Einzelne Redemomente erregten das Mißfallen der deutschen Reglerungsvertreter, die auch die Anträge erstatteten. Weil der „Bater Staat“, der die Verpflichtung hätte, für alle seine Bewohner zu sorgen, ein „Abendwunder“ genannt wurde und weil in der Rede der Ausdruck vorgekommen sein soll, daß es zu verstehen wäre, wenn die Arbeiterschaft, der Demonstrationen müde und infolge der furchtbaren Not, in der sie sich befindet, zur Verwechslung getrieben, einmal zum Knüttel greifen sollte, wurde vom Staatsanwalt ein Verbrechen konstruiert. Daß die der Anklage zugrunde liegenden Aussagen der beiden Beamten auf ein stenographisches Protokoll nicht gekürzt werden konnten, sondern daß der Staatsanwalt Guschall in Tachau in seinem Bericht wörtlich anführt, daß „er unter dem freilich Eindrud der Rede circa einhalb Stunden nach Beendigung der Versammlung in Tachau niederschrieb“, was gesagt wurde und daß gar der Statthaltersekretär Ziebig in Plan das Protokoll nach der Verlesung in tschechischer Sprache verfaßte, das tangierte den Staatsanwalt nicht im geringsten: er legte gegen das Urteil Berufung ein. Das Oberlandesgericht in Prag konnte sich den Ansichten des Egerer Staatsanwaltes nicht verschließen, daß die bedingte Verurteilung in diesem Falle nicht anzuwenden sei und daß das begangene Verbrechen nur durch Verbüßung der Arreststrafe „gesühnt“ werden könne, weshalb es das Strafmaß von drei auf vierzehn Tage erhöhte und die bedingte Verurteilung ausschloß. Genosse Zischka wird also wegen angeblich gemachter Äußerungen auf vierzehn Tage ins Gefängnis wandern müssen.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Bilanzergebnisse der Aktiengesellschaften.

Am Frühjahr, wenn die Weisen blühen, veröffentlichen die Banken und Industrieaktiengesellschaften das Ergebnis ihrer erfolgreichen Raubzüge auf die Taschen der Bevölkerung im abgelaufenen Jahr. Mit Befriedigung läßt sich heuer feststellen, daß trotz der ungünstigen wirtschaftlichen Lage, die Handel und Industrie im letzten Jahre verzeichneten, es dennoch eine hübsche Anzahl von Banken und Industrieunternehmen gibt, denen das schwarze Krisenjahr sehr gut angefallen hat. Die Dividendenausüttungen, die bereits feststehen, und jene, deren Höhe — wie es im Börsenjargon heißt — noch geschätzt werden, lassen zunächst nur ahnen, wie die genauen Bilanzen aussehen würden, wenn sie ehrlich zusammengestellt würden. Von einer Aktiengesellschaft sind oftmals Hunderttausende Aktien im Umlauf, auf jede entfällt die Dividende, die die Reingewinnquote darstellt. Das muß man wissen, um die ungefähre Reingewinnsumme sich vorstellen zu können.

Die Bank für Handel und Industrie, vormals Länderbank, teilte Sonntag ihren sie im Informaten und anderswo so schädlichen Zeitungen mit, daß sie ihren glücklichen Aktionären 35 Kronen (gegen 30 Kronen im Vorjahre) auszahlen werde. Die Böhmisches Unionbank, die Böhmisches Eskomptebank und die Zivnotensbank schütten 28 Kronen aus, die Böhmisches Industriekbank 32, die Prager Kreditbank 56, die Landwirtschaftliche Kreditbank 48 Kronen. Von den Industrieaktiengesellschaften zahlt die Restomitzer Zuderfabrik 40 Kronen, die Fabrik Křiz 60, die Koliner Raffineriefabrik 16, die Kuffiger Chemische, die gerade jetzt im schärfsten Lohnkampf gegen ihre Arbeiter steht, 40, die Spiritusfabrik Broška 44, die Koliner Spiritusfabrik 60, die Milchindustrie-Aktiengesellschaft 28, die Ringhofferwerke 36, die Berg- und Hüttenwerkgesellschaft 72, die Stadawerke 27,20, die Autofabrik Laurin und Klemen 20, die Kupferwerke 60, die Böhmisches-mährische Maschinenfabrik 200, die Glasfabrik Jmvald 100, die Königshofer Zementfabrik 40, die Westböhmisches Chamottefabrik 60, die Solowindwaren 14 Kronen usw. usw.

Dazu sei bemerkt, daß es Aktiengesellschaften gibt — und ihre Zahl ist gar nicht gering — die ein Interesse daran haben, ihre Geschäftslage in einem ungünstigeren Lichte erscheinen zu lassen, als sie tatsächlich war. Ein der Börsen sehr nahe stehendes Finanzblatt erklärt dieses Verhalten damit, daß diese Bilanzfälscher-A. G. „den Wunsch haben“, durch eine Schmälerung der Dividenden den Arbeitern, denen sie vorher den Lohn reduzierten, zu zeigen, daß auch die Aktionäre ein „Opfer“ bringen, obwohl sie der wirklichen Geschäftslage entsprechend eine reichere Dotierung beanspruchen könnten. Das Geständnis dieses mit den Bilanzgeheimnissen und der Deutweise der Industriekritiker und Banmagazinen wohlvertauten Blattes verdient festgehalten zu werden. Für die Arbeiter, durch deren Arbeit die Aktiengesellschaften in die Lage versetzt werden, Nichtstunern ein arbeitsloses Einkommen zu sichern, ihnen Dividenden zu zahlen, die umso höher sind, je größer die Lohnreduktion gelang, ist das ein wertvolles Geständnis, aus dem sie lernen können.

Die Revision bei der Bohemianbank. Wie der „Bankow“ mitteilt, wurde die Revision der Tätigkeit der „Bohemianbank“ während der Jahre 1920 bis 1922 durchgeführt und wird jetzt auch auf die Jahre 1915 bis 1920 erweitert werden. Die durch die Tageszeitungen veröffentlichten Verlustziffern überreichen angeblich die Wirklichkeit. Zur Verhütung der Einleger könne das Blatt des Ministerpräsidenten erklären, daß „alles“ geschehen werde, um die Einlagen voll zurückzuführen. Dazu erfährt die „Tribuna“, daß das Personaldepot Kubicek bei der „Bohemianbank“ im Betrage von dreieinhalb Millionen Kronen unangetafst in der Bank liegt. — Das ist jedenfalls eine der wenigen glaubwürdigen Feststellungen, die die Koalitionspresse zur Verhütung der Einleger, von deren Depots es leider noch fraglich ist, ob sie unangetafst geblieben sind, emsig verbreitet. Wenn eine Frage erlaubt ist: Was wird mit den 3 1/2 Millionen Kronen geschehen, die der so fleißige Abgeordnete und Ausschusspräsident sich (natürlich vom Munde) abgeparat hat?

Ein Sieg der freigewerkschaftlichen Organisation. Die am Freitag in der Komotauer Uhrenfabrik durchgeführten Betriebsrätewahlen ergaben bei einer Zahl von 105 Stimmberechtigten für die Liste des Metallarbeiterverbandes 65 Stimmen und für die deutschnationale Liste 39 Stimmen. Eine Stimme war ungültig. Die im Metallarbeiterverband organisierten Schiften erhielten demnach drei Mandate und die gelben Beamten zwei Mandate. Die Deutschnationalen haben von diesen Wahlen die Mehrheit im Betriebsausschuss für sich erhofft. Und nun dieses Ergebnis!

Die großen Arbeiterkämpfe in England. Die Verhältnisse in der englischen Industrie geben Anlaß zur Sorge. Durch die von den Arbeitgebern im Baugewerbe gefassten Beschlüsse wurden 500.000 Arbeiter in Mitleidenschaft gezogen. Wenn die Herabsetzung der Kriegszulagen für die Arbeiter der Eisenbahnverwaltungen durchgeführt werde, müsse mit den Generalstreik der Eisenbahner gerechnet werden.

Einigung im tschechischen Bergarbeiterstreik. Samstag spät nachts ist es durch Vermittlung des sozialdemokratischen Landeshauptmannstellvertreters Pongráz und des Landeshauptmannes Kintelen zu einer Einigung im Bergarbeiterstreik gekommen. Ueber den Inhalt der Einigung werden die Betriebsräte in einer für Montag vormittag nach Graz einberufenen Betriebskonferenz ihre Entscheidung fällen.

114.000 Arbeitslose in Polen. „Niezcy Bospolita“ zufolge erhöht sich die Zahl der Arbeitslosen in Polen infolge der großen Stagnation in der Industrie wöchentlich um 4000 bis 5000 Arbeiter. Gegenwärtig beträgt die Zahl der Arbeitslosen 114.000. Zwischen der belgischen und polnischen Regierung finden Verhandlungen zwecks Abschluß eines Vertrages statt, welcher die Bedingungen zur Auswanderung der polnischen Arbeiter nach Belgien regeln soll. Die belgischen Industriellen beabsichtigen, eine größere Zahl von polnischen Arbeitern in der belgischen Industrie zu beschäftigen. Der Tagelohn eines Arbeiters soll 20 Francs täglich betragen.

Der Teuerungswirbel in Sachsen. Der neue sächsische Staatshaushaltsplan für das Jahr 1923 weist bei Einnahmen von 45,6 Milliarden und bei Ausgaben von rund 54,5 Milliarden einen Fehlbetrag von 8,9 Milliarden Mark auf. Er wird sich voraussichtlich noch erhöhen, da die meisten Etatspositionen bereits im vorigen Jahre vor dem Marksturz aufgestellt worden sind und sich durch Veränderungen seitdem stark erhöhten. — Die Teuerung in Sachsen ist nach den Feststellungen des Statistischen Landesamtes im März um 9,2% gegenüber dem Februar weiter gestiegen.

Zum Wohlstandskampf gegen die Firma Remb und Cie. in Wismar. Der Wohlstand gegen diese Firma geht unvermindert weiter. Eine Verschärfung ist insofern eingetreten, als sich die Verbände der überseeischen Länder ebenfalls bereit erklärt haben, in dem Kampfe mitzuwirken. Die Erzeugnisse des Hauses Remb, deren Vertretung in Prag die Firma A. Hablit VII., Belskystrasse innehat, sind auch in der Republik bekannt. Besonders ist es die Glanzstärke, die unter der „Löwenmarke“ den Käufern aufgedrängt wird. Ein Unternehmen aber, das seine Arbeiter nach zwanzig- und dreißigjähriger Arbeitsfroh rücksichtslos aufs Pfaster wirft, verdient es nicht, von Arbeiterkäufern unterstützt zu werden.

Devisenkurse.

Prager Kurze am 9. April.

Table with 3 columns: Amount, Gold, Ware. Rows include 100 holl. Gulden, 10.000 Mark, 100 belg. Francs, etc.

Züricher Schlusskurze am 9. April.

Table with 3 columns: City, Gold, Ware. Rows include Paris, London, Berlin, Mailand, etc.

Die tschechische Krone notiert in:

Table with 2 columns: City, Rate. Rows include Zürich, Berlin, Wien.

Kunst und Wissen.

Operngäste. Die Aufführung des Rossinischen „Barbier von Sevilla“ bewies nicht nur die Unverwundlichkeit des Wertes, sondern auch den Hunger des Publikums nach Gesang. Wilhelm Heinrich Richl, der große Soziologe des Volkes seiner Zeit, sagte über Rossini: „Man war das gepreiste Pathos der napoleonischen Schule satt, die müden Völker brauchten Schlammlieder zu süßem Selbstvergeffen, und der Italiener bot ihnen den anmutigsten Schlafgesang.“ Schier scheint es heute, nach 100 Jahren, nicht viel anders zu sein. Jedemfalls tut der, der singen hören will, gut, zu den alten Melodisten zu gehen, besonders wenn deren Weisen so gut herausgebracht werden, wie Sonntags unter Dr. Jalo-wicz. Da kann man die antiquierten albernsten Spässe schon in Kauf nehmen, wo so viele musikalische Feinheiten sie weitmachen. Frau Maria Gerhart, die stets gerne wiedergesehene, hatte wieder Gelegenheit, ihr ganzes Können einzusetzen, das sich im Gesanglichen nicht erschöpft, sondern auch die Darstellerin zur Geltung bringt. Wenn, auf beiden Gebieten, das Konventionelle einem frischeren Anpandem weiche, könnte dies den Wert der Leistung bedeutend heben. Oskar Eisenberg hatte als Graf Almaviva weniger Gelegenheit, solistisch zu glänzen, konnte dafür aber in den Ensembles mit den Vorzügen seiner musikalischen und darstellerischen Sicherheit hervortreten. Die Herren Fuchs, Hagen und Ludwig waren treffliche Vertreter des Doktors, Musikmeisters und Barbiers und wurden, wie auch die Gäste, lebhaft applaudiert. Dr. F. K.

Die Arbeitervorstellung von „Der Widerstandigen Fäbning“, die das Prager deutsche Theater Sonntag nachmittags brachte, konnte wie ein Geißelstich gegen den bürgerlichen Kunstsinismus wirken. Als das Stück vor einigen Wochen zum erstenmal in der Reinszenierung vorgeführt wurde, war das Haus, trotzdem der Reingewinn dem Verein deutscher Journalisten gewidmet und also ein besonderes Interesse geweckt war, recht schwach gefüllt und das Publikum wußte der übermütigen Handlung, blasiert wie es ist, trotz der trefflichen Darstellung nur wenig Geschmack abzugewinnen. Nun der „Verein deutscher Arbeiter“ ins Theater gerufen hat, waren alle Ränge dicht besetzt, in froher Teilnahme folgte das proletarische Publikum den Vorgängen und ließ sich von Schalepartes heiterem Gemie ganz mitreißen. Ein Beispiel mehr dafür, wie er heute noch für echte Kunst empfänglich ist und wem sie nur noch ein Stück Verdauungsorgan bedient. Die Darsteller verdienten den großen Beifall, der ihnen ward, restlos, Direktor Armer stellte einen von totem Uebermut und Zielwille ganz erfüllten Putschführer auf die Beine, Alce Rohde war eine prächtige trotzig-verliebte Katharina und Rudolf Stadler betrunkenen Aesop bis ins letzte naturrecht. —b.—

Turnen und Sport.

„Das Rektor-Drama an der deutschen Universität.“ Ueber dieses Thema spricht der Professor der philosophischen Fakultät der deutschen Universität Dr. Christian Ehrensels am 18. April im Mozarteum.

Sonntagsfußball. Die Wettspiele des Sonntags litten sehr unter der kalten Witterung. Fast den ganzen Tag über herrschte ein frostiger Wind, der sowohl den Spielern als auch den Zuschauern ebenfalls nicht besonders zuträglich war. In Prag gab es diesmal eigentlich keine Sensationen, denn das Spiel Slavia—Teplicer FK. heißt längst nicht mehr die Anziehungskraft des Vorjahres, zumal Teplic heute nur mehr ein Schatten — und noch dazu ein sehr dürftiger — seiner einstigen Größe geworden ist.

STEMPEL

F. CHMEL

Prag II., Ne'kazanka 18.

Bibliotheken

für Organisationen, Vereine, Gemeinden, Gewerkschaften, Schulen usw. werden zweckentsprechend zusammengestellt, sowie ergänzt, von der Volksbuchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad.

Sozialistische Theater-Stücke

und Vortragsbücher für Vereine senden wir in großer Auswahl auf Wunsch zur Ansicht. Buchhandlung Freiheit, Teplich-Zahonau, Theresienstraße 18.

Slavia, die auch nichts besonderes zeigte, konnte Teplic daher glatt mit 7:0 erledigen. Bei Teplic bemühten sich Golze, Niedl, Döring und der Tormann Höfer — die Zahl der guten Spieler ist aber verflüchtigt worden! — zu retten, was zu retten war. Diese vier Spieler schindeten sich ab, die andern bemühten sich lediglich, den Ball möglichst schnell zu verlieren. Alles in allem, der klägliche Eindrud, den je eine Ligaelf — und das nennt sich Ligameister! — in Prag gegen eine tschechische Mannschaft gemacht hat. Die 6000 Zuschauer konnten sich ehrlich über den Torfegen freuen. Mit einer solchen „Ligaelf“ tritt man vielleicht gegen Slavia-Reserven, aber nie gegen die erste Mannschaft der Slavia an. Auch wenn diese so wenig kann wie am Sonntag. — Sparta gegen CAFA 6:1 (2:1), Meisterschaft. Schöner und verdienter Sieg der Sparta; DFC-Erfaz gegen Karolinentaler Team 1:1; Union Zizlow gegen AFK. Brsovice 3:1; Meteor Bimohrad gegen Meteor VIII 3:2. — Grün: DFC. Troppau gegen Bränner SK 2:2 (2:1) abgedrohen; Mor. Slavia gegen Zidenice 2:1 (2:0), unerwarteter Sieg der M. S.; Bränner Amateure gegen Sparta Prohuz 6:2; Kralove Pole gegen Technit 3:1. — Přeburg: Wiener Sp.-K. gegen 1. SK. Bratislava 2:2 (0:0). — Olmütz: SK. Olomouce gegen Kodoau 0:0; Haloah gegen DFC. Olomouce 3:3; DFC. gegen DFC. Mähr.-Schönberg 2:0. — Prohuz: Banacka Slavia gegen SK. Prohuzov 5:4. — Wien: Haloah gegen Bajas Budapest 2:1; Stmarz gegen Gerthof 4:0. — Graz: G. AC. gegen Arbeiter-AC. 7:0. — Budapest: Städte-wettspiel Berlin—Budapest 1:0! Tor durch Penalt. 15.000 Zuschauer. Schiedsrichter Reichgum-Wien. — Madrid: Samstag: Victoria Zizlow gegen FC. Madrid 3:3; Sonntag 2:2. — Nächsten Sonntag spielt der 1. FC. Nürnberg in Prag gegen die Sparta. Beim letzten Treffen, das bekanntlich auch auf Prager Boden stattfand, siegte Nürnberg 3:0.

Mitteilungen aus dem Publikum. Verehrte Hausfrau! Die echte Suppenwürze Graf. Beim Einkaufe von Fleisch, Mehl, Fett und anderen Nahrungsmitteln achten Sie gewiß darauf, nur das Beste zu kaufen. An diesem Grundsatz halten Sie auch beim Einkaufe von Suppenwürze fest und verlangen Sie daher stets nur die Marke: „GRAF“ in Originalflaschen! Durch Vergleich mit anderen Suppenwürzen werden Sie feststellen: eine größere Ausgiebigkeit, einen feinen und unauffälligen Geruch, einen angenehmen und nicht hervortretenden Geschmack, eine unbegrenzte Haltbarkeit. GRAF'S SUPPENWÜRZE hinterläßt in den Flaschen keinerlei Satz. 1526

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Verlags-Gesellschaft, Prag. Für den Druck verantwortlich: C. Holik.

PRIMA Kautschukabsätze und Kautschuksohlen. Schonen die Nerven, schützen die Füße, helfen sparen! Image of a shoe sole with a palm tree logo.